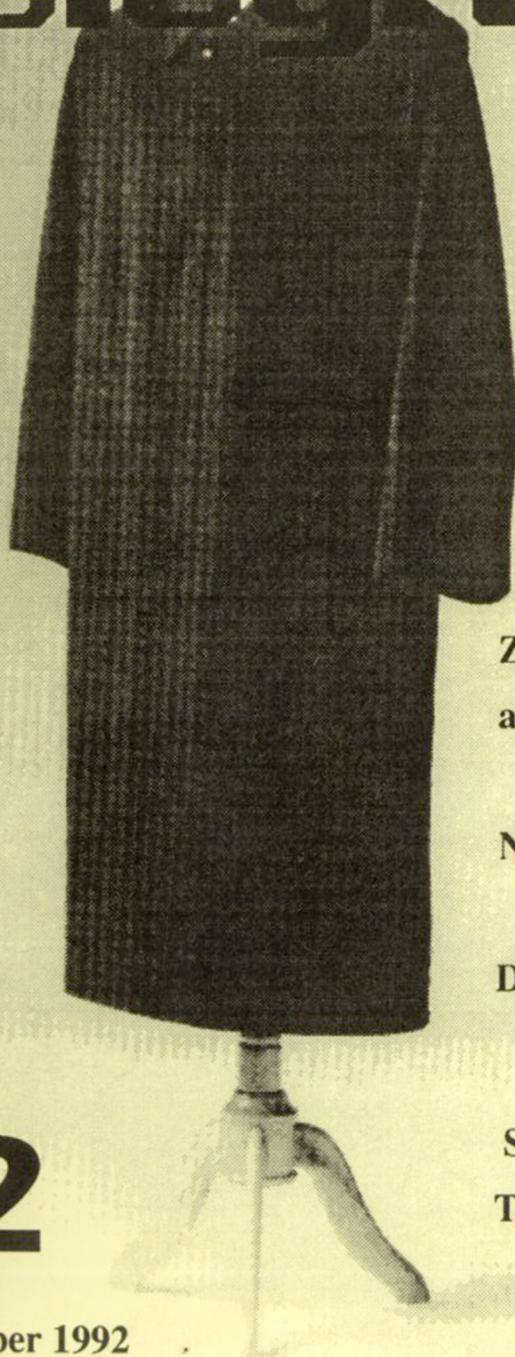


BEHÖRDEN- UND UNTERNEHMERUNFREUNDLICH

telegraph

Ostberlin

3 DM



Zum Mord
an Silvio Meier

Nazimorde vertuscht

Die restlose Erfassung

Sekte "Die Bewegung"
Teil II: Zur Ideologie

12

15. Dezember 1992

Inhalt

Aufwachen, es ist an der Zeit !	4
Interview mit einem Betroffenen zum Mord an Silvio Meier	6
Silvio - Erinnerungen eines langjährigen Freundes	9
Ist der Judith-Auer-Club ein Nazi-Nest ?	13
Staat vertuscht Nazi-Morde	14
Kommentar: Bewegungsfragen	16
Zu den Leipziger Unruhen	22
Sekte "Die Bewegung" Teil II : Zur Ideologie	23
Mikrozensus	25
Die restlose Erfassung	27
Jungdemokraten bereuen nichts	30
Menschlich viel Fieses - Buchrezension	31
Petra Kelly - Dokumentation gegen Legendenbildung	33
Durchsuchungen in linken Projekten wegen RZ-Vorwurf	34
KDV	35
Post	40
Termine	48
Die Einzelbild-Foto-Story	50

Diese Ausgabe entstand in Zusammenarbeit mit der Heinrich Böll 1-Stiftung.

Impressum

Der "telegraph" erscheint monatlich. Einzelhandelspreis 3,00 DM, WiederverkäuferInnen erhalten 30% Rabatt, Abonnementbedingungen siehe 3. US .

V.i.S.d.P. Wolfgang Rüdtenklau.

Redaktionsschluß: 8.12.1992

Herausgeber & Verlag : Umwelt Bibliothek Berlin e.V., Schliemannstraße 22, O-1058 Berlin,

Redaktion Tel: (030) 4483687, App. 25.; Umweltbibliothek:: (030) 6097771

Fax: (030) 4481035 (unbedingt Hinweis "für telegraph" aufschreiben)

E-Mail: telegraph@vlberlin.zer

Konto: Postgiroamt Berlin, BLZ 100 100 10 Kontonummer: 5853 50-102

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4

Nicht mit uns ...

vorläufige Zusammenfassung

In der Nacht vom 20. zum 21.11. gegen 0.00 Uhr wurde unser Freund Silvio durch zwei gezielte Stiche ins Herz von Faschisten ermordet. Zwei weitere Freunde wurden durch Messerstiche schwer verletzt, einer davon lebensgefährlich. Eine Freundin wurde mit dem Messer bedroht.

Kurz nach dem Angriff kamen zwei Wachschutzleute dazu, sahen drei Menschen in ihrem Blut liegen, leisteten aber keine erste Hilfe. Sie standen nur herum und gingen dann wieder. Als uniformierte Polizei kam, nach ca. 12 bis 15 min., leistete auch sie keine erste Hilfe. Zivilpolizisten kamen dann mit gezogenen Pistolen auf unsere Freunde zu und versuchten die Schwerverletzten zu vernehmen. Kurz danach kamen die Notärzte. Unsere nicht verletzte Freundin durfte nicht mit ins Krankenhaus fahren. Sie wurde zum Tathergang und zu den Tätern befragt. Ebenso eine unbeteiligte Tatzeugin.

Lagebericht der Polizei vom 21.11. 6.00 Uhr: "Aus bisher noch unbekanntem Gründen stachen Angehörige der einen Gruppe auf die der anderen ein." D.h. zu dem Zeitpunkt geht die Polizei noch davon aus, daß mehr als ein Angreifer mit einem Messer zugestochen hat. Diese Darstellung der Polizei geht offensichtlich auf die Angaben unserer Freundin zurück, die von Anfang an von zwei bewaffneten Tätern sprach. Ihre Angabe, die Angreifer sind Rechtsradikale, wurde verschwiegen, um den politischen Hintergrund zu vertuschen. Auch die Personenbeschreibungen der zwei Angreifer, die mit Messer bewaffnet waren, wurde zu diesem Zeitpunkt nicht veröffentlicht.

Als Folge der Darstellung durch die Polizei berichteten die Medien von einer "Messerstecherei zwischen rivalisierenden Jugendbänden".

Während wir am Sonntag die erste Presseerklärung schrieben um die falsche Berichterstattung der Medien richtigzustellen, waren zwei Beamte der 4. Mordkommission bei unseren Freunden im Krankenhaus. Dem einen erzählten sie, der andere hätte ausgesagt, daß es sich bei den Tätern nicht um Rechte handle. Dann forderten sie massiv von ihm eine Erklärung auf Tonband zu sprechen, worin er den politischen Hintergrund des Mordes leugnen und sich von möglicher Gewalt auf dem Trauermarsch am Sonntag distanzieren solle. Ansonsten wäre er daran mitschuldig. Mit dieser Aufnahme wollten sie die Demonstration beschallen.

Auf dem Trauermarsch am Sonntag nachmittag wurde unsere Presseerklärung verteilt. Schon am Sonntag Abend gab es daraufhin bei uns einige Anfragen der Medien zu den jetzt offensichtlichen Widersprüchen. Am Montag dem 23.11. war die Berichterstattung schon realistischer, auch der politische Hintergrund fand Erwähnung. Selbst Vogt, Leiter der 4. Mordkommission, berichtete am Montag gegenüber der Presse von einem Zeugen, der einen Täter rufen hörte: "Euch linken Schweinen haben wir es jetzt gegeben". Am Montag Abend stellte sich ein Tatverdächtiger der Polizei. Dienstag vormittag kündigte die Polizei eine Presse-

konferenz für den Nachmittag an.

Was da präsentiert wurde, war der blanke Hohn. Die Art der Wiedergabe der absurden Schutzbehauptungen des Tatverdächtigen durch M. Vogt verlieh ihnen den Anschein der Realität. Im Nachhinein muß gesagt werden, M. Vogt hat die öffentliche Meinung manipuliert.

Die Überfallenen wurden zu Angreifern. Aus brutaler rechtsradikaler Gewalt wurde die Notwehr eines unpolitischen Hooligans. M. Vogt behauptet sogar der Obduktionsbericht stimme mit den Aussagen des Tatverdächtigen überein. Der Tatverdächtige gab an, Silvio das Messer abgenommen zu haben und ihn damit in die Brust gestochen zu haben. Gegenüber Silvios Eltern und deren Anwältin erklärte Vogt aber, Silvio wurde durch zwei Stiche ins Herz getötet und hatte außerdem einen Stich im Rücken und einen im Oberschenkel.

Wenn dieser Tatverdächtige in Silvios Brust stach, woher kamen dann die anderen Stichverletzungen? Vogt verschwieg, daß ihm durch Zeugenaussagen schon längst bekannt war, daß mindestens zwei Täter mit Messern zustachen.

Am Mittwoch vormittag sahen wir uns erneut gezwungen, auf die provozierten Falschmeldungen der Medien zu reagieren. Noch während wir damit beschäftigt waren, mußte die Polizei zwei wesentliche Behauptungen des Tatverdächtigen dementieren. Die Tatwaffe stammte nicht von Silvio. Die Kopfverletzung durch eine Schreckschußpistole, fügte sich der Tatverdächtige selbst bei.

Inzwischen wurde ein zweiter Tatverdächtiger verhaftet, der zugab, ebenfalls mit einem Messer zugestochen zu haben. Spätestens zu diesem Zeitpunkt erweist sich die Pressekonferenz der Polizei vom Vortag als unnötige Meinungsmache. Diese geht aber weiter:

Denn obwohl der zweite Tatverdächtige aussagt, ein rechter Hool zu sein, klammert sich die Polizei weiter daran, keinen politischen Hintergrund erkennen zu können. Auch daß beide Tatverdächtige mit dem bekannten Treff von Rechtradikalen, dem Judith-Auer-Club, in Verbindung standen, ändert nichts an der Meinung der ermittelnden Beamten.

Es verwundert schon gar nicht mehr, wenn die inzwischen der Polizei bekannten weiteren Tatverdächtigen lediglich als Zeugen gelten. Nach übereinstimmenden Aussagen der Opfer waren aber alle männlichen Personen der Tätergruppe an dem Angriff aktiv beteiligt.

Laut M. Vogt sei die Aufklärung des wahren Tathergangs sehr schwierig. Gegenüber einer Anwältin der Opfer behauptete er, es gäbe leider nur tatbeteiligte Zeugen. Eine unbeteiligte Augenzeugin ist der Polizei von Anfang an bekannt und sie ist in derselben Nacht vernommen worden. Aus welchem Grund leugnet Vogt die Existenz dieser unbeteiligten Tatzeugin?

Diese Informationspolitik der verantwortlichen Ermittlungsbehörde ist ein weiteres Beispiel für die Verharmlosung und Verleugnung faschistischer Gewalt in diesem Staat.

Freundinnen und Freunde von Silvio

Editorial

Zu bemerken gäbe es sicherlich viel. Aber uns versagt diesmal die Feder zu leichten Randnotizen. Das soll nicht heißen, daß wir in Zukunft schweigen. Wir werden weder aufgeben, noch dieses ungemütliche Land jetzt verlassen. Wir haben allerdings keine Lust, uns der allgemeinen Verrohung anzupassen. Und dies, ohne uns von den Faschisten abschlagen zu lassen, wird schwierig.

Aber wir werden auf keinen Fall wehrlos zusehen, wie noch mehr Freunde ermordet werden.

Die oft beschriebene schlechte finanzielle Situation zwingt uns leider dazu, ähnlich wie viele andere, den Preis für den telegraph zu erhöhen, wenn wir nicht in zwei Monaten die letzte Ausgabe herausgeben wollen. Deshalb wird das Heft ab Januar DM 4,- kosten. Ab Februar 1993 werden sich auch die Abopreise verändern. Jahresabo und Geschenkabo kosten dann DM 45,-, das Halbjahresabo DM 23,-. Wegen der höheren Portokosten sind bei Abos ins Ausland DM 60,- zu bezahlen. Wenn uns jemand finanziell besonders unterstützen möchte, ist auch der Erwerb eines Förderabos möglich - für den Zeitraum eines Jahres und den Preis von DM 90,-.

Einen nicht unerheblichen Teil des neuen Preises schluckt die Bundespost, da sie ab Januar des nächsten Jahres eine satte Anhebung der Versandgebühren vollzieht. Besonders betroffen sind davon eben wieder mal die kleinen Zeitungen und Zeitschriften - also auch wir. Wer also noch ein Abo zum alten Preis haben möchte, sollte sich beeilen. Dieser gilt nur noch bis zum Januar 93. Melden sollten sich auch diejenigen, deren Abo mit dem Heft 1/93 ausläuft. Erfolgt bis zum 15. Januar keine Kündigung, stellen wir auch hier ab Februar die neuen Preise in Rechnung. Wir haben lange hin und her überlegt, können aber absolut nicht anders, wenn wir das Projekt "telegraph" nicht aufgeben wollen.

Eure Redaktion telegraph

Aufwachen, es ist an der Zeit!

Rede von Irena Kukutz (Gruppe Neues Forum) vor dem Berliner Abgeordnetenhaus

Das ist kein böser Traum, sondern längst alltägliche Wirklichkeit. Meine Söhne hatten das schon viel eher begriffen als ich. Du mit deiner Gewaltlosigkeit, das ist doch von gestern, du weißt ja nicht mehr, wo du lebst, wir haben nicht mehr 89, als auch wir mit erhobenen Händen vor der Gethsemanekirche standen und uns verprügeln ließen und dabei riefen: Keine Gewalt. Das sagten sie immer wieder zu mir.

Doch ich war taub und wollte nicht sehen, obwohl ich selbst miterlebt hatte mit welch brutaler Gewalt die Mainzer Straße geräumt wurde. Obwohl ich meinen einen Sohn umschulen mußte, weil er sich nicht mehr in seine Schule traute, aus Angst davor, als sogenannter Linker von den Rechten verprügelt zu werden oder Schlimmeres. Und obwohl er nun doch, zwar nicht von einem Rechten, sondern von einem verummten Polizisten bei einer Razzia, brutal geschlagen wurde und mit einem Nasenbeinbruch und Gehirnerschütterung ins Krankenhaus mußte. (ja, Herr Kliem von der CDU, verummte Polizisten gibt es wirklich, sie haben das von ihrem Senator bestätigt bekommen in der letzten Sitzung). Erschrocken war ich und hilflos, fand keine richtigen Argumente mehr, meinen Söhnen, trotz alledem, meine Überzeugung entgegenzustellen, daß Gewalt immer nur Gegengewalt erzeugt und auch Verteidigung mit gewalttätigen Mitteln nur neue Gewalt sät.

Seit dem vergangenen Wochenende hat sich für mich alles verändert, mir sind die Schuppen von den Augen gefallen und ich weiß endlich, in welchem Land ich nun wirklich angekommen bin, drei Jahre nach

dem Untergang der DDR.

Ein Freund meiner Söhne wurde erstochen, abgestochen wie sie es ausdrücken, einfach abgestochen. Und immer noch macht Herr Landowsky leichtfertig und verantwortungslos ein Gleichheitszeichen, zwischen rechten und linken Gewalttätern, zwischen Eierschmeißern auf Politikerfräcke und vorsätzlichen Brandstiftern und Mördern. Doch das reicht ihm jetzt nicht mehr aus. Er spricht von "Szene unruhig halten durch ständige Razzien von Rechts und Linksradikalen Treffpunkten, von austrocknen". Die Medien sind auf Seiten des Herrn Landowsky und blasen ins gleiche Horn, meinungsbildend sollen sie sein und sind es auch, von freier Presse lasse ich mir nichts mehr erzählen, seit ich gestern die Berliner Zeitung gelesen habe. Zwei Meldungen mit großem Foto gegenübergestellt. Auf der einen Seite geht es um Autonome, die mit Äxten auf Polizeibeamte losgehen und auf der anderen Seite wird der tote Silvio Meier zum Täter gemacht. Das Messer mit dem er abgestochen wurde, gehörte ihm selbst, lese ich. Und sein Mörder, der sich stellte, "weil er nicht mehr schlafen konnte und nicht wollte, daß Unschuldige von Linken verprügelt werden" wird kurzerhand zum Opfer linker Gewalt. Der Mörder hat, "so die Polizei, keine extrem politische Einstellung."

Nun könnte man annehmen, die Polizei habe sich täuschen lassen von der rührseligen Geschichte eines Siebzehnjährigen. Es erwies sich aber noch am selben Tag als eine beabsichtigte Täuschung der Öffentlichkeit durch die Polizei, sie mußte dementieren, inzwischen gibt es noch einen Sechzehnjährigen, der auch wie wild um

sich gestochen haben soll und die Linken hatten nun doch keine Schreckschußpistole und auch kein Messer. Ich frage mich, warum geht die Polizei vor die Presse, beleidigt die Opfer und leugnet die Täter? Stehen Polizisten und ermittelnde Behörden auf Seiten rechtsextremer Gewalttäter? Ist ihr Feindbild Links, was man darunter auch immer verstehen mag? Wie schnell hat die Polizei erkannt, daß der jugendliche Mörder keine extrem politische Einstellung hat, war man sich einig?

Dieser Bericht, diese Darstellung der Ereignisse ist für mich ein Wendepunkt und ich hoffe für viele andere auch. Ich sehe jetzt Parallelen, es zieht nicht etwas herauf, jene diffuse braune Gefahr, der Donner grollt nicht in der Ferne und könnte auch vorüberziehen, nein, die Blitze sind schon direkt über uns und der Regen wird uns naß machen.

Auf die Komplizen des wiedererwarteten rechten Terrors in der Presse, in der Polizei, in der Politik sollten wir mit dem Finger zeigen und das Gerede vom Zusam-

menschuß der Demokratie nicht zur Farce werden lassen.

Zum Schluß möchte ich einer Demokratinnen meine Stimme geben, weil sie keine Stimme mehr hat, auch nach ihrem Tod in diesem Herbst waren die Ermittlungen schnell erledigt und die Erklärung gefunden, obwohl es so viele Fragezeichen gibt: "Demokratie ist eine Sache des guten Gedächtnisses" diesen Satz von Kurt Schumacher stellte sie ihrer Rede voran. Petra Kelly sagt:

"Es hat bei uns während des dritten Reiches an so vielen demokratischen Tugenden gefehlt - wie Zivilcourage, Verantwortungsbereitschaft, Solidarität, Fähigkeit zu politischem Handeln, Eigeninitiative ...

Haben wir, unsere Politiker, heute den Mut zum aufrechten Gang? Auch heute werden jene Haltungen, an denen es in Deutschland vor und während des dritten Reiches so gemangelt hat, von nur wenigen gelebt. Es gilt deshalb wachsam zu sein, zu werden, zu bleiben ..."



Jörn F. zum Mordanschlag auf sich und seine Freunde

telegraph: Jörn, Du hast bei dem Anschlag von Neonazis am 20. November das Glück gehabt, nicht getötet zu werden, wie Silvio und nicht so schwer verletzt zu werden wie Ekke, der noch im Krankenhaus liegt. In der Presse war viel davon die Rede, daß Ihr angefangen hättet, indem Ihr die Nazis wegen eines Aufnähers "stolz ein Deutscher zu sein" angerempelt habt. Die Polizei meint sogar, es habe sich nur um eine klitzekleine Deutschlandfahne gehandelt.

Jörn F.: Nein, es drehte sich gar nicht um den Aufnäher. Wir sind zum U-Bahnhof hinunter gegangen, die Neonazis kamen von der U-Bahn. Im Zwischenstock sind wir ihnen begegnet. Wir liefen weit auseinander. Ekke, der voraus lief, wurde von einem der Nazis angerempelt und er hat sich den nächstbesten gegriffen und ihn ein bißchen durch die Gegend gezerrt. Das ist mehr oder weniger im Vorbeigehen passiert, denn wir wollten ja zur U-Bahn. Ich habe mich nicht eingemischt, weil es nicht sonderlich ernst war. Die Typen waren auch in der Defensive und fragten, um was es überhaupt geht.

telegraph: Von den Zeitungen und von der Polizei wurde immer wieder unterschlagen, daß Ihr nach diesem Zwischenfall zur U-Bahn gegangen seid und daß das Nachfolgende erst viel später passierte.

Jörn F.: Wir haben auf dem Weg zur Frankfurter Allee schon darüber diskutiert, ob wir zuerst zur U-Bahn gehen oder gleich zu viert ein Taxi nehmen. Wir sind nach dem Zwischenfall im Zwischengeschoß zum Bahnhof heruntergelaufen und haben an der Anzeigetafel gesehen, daß die U-Bahn gerade abgefahren war. Es hat noch eine ganze Weile gedauert, bis wir uns dar-

über geeinigt hatten, daß wir nun doch ein Taxi nehmen und dann nach oben gegangen sind.

telegraph: Wieso habt Ihr nicht anders reagiert? Wart Ihr geschockt, als die euch dort mit Messern empfingen?

Jörn F.: Wir haben nicht angenommen, daß die noch oben stehen. Ich habe auf der Treppe irgendwie gehört, daß oben einer fragte "Gehen wir runter?" Die hatten sich dort oben formiert. Bei Zweien, die an der Wand standen, habe ich gesehen, daß sie ein Messer bereithielten. Der Rest ging sehr schnell. Gesehen habe ich eigentlich nur, was mit Ekke passierte. Zwei oder drei haben sich mit ihm gekampelt, während einer von hinten zugestochen hat.

telegraph: Wie Silvio umgekommen ist, hast Du nicht gesehen?

Jörn F.: Nein, das habe ich nicht gesehen, Ekke auch nicht, was Christine gesehen hat, weiß ich nicht. Das geschah nicht an einem Platz. Es ging hin und her, es geschah an verschiedenen Punkten. Ich selbst wurde an der Stirn verletzt, in die Seite gestochen und danach zusammengesetreten. Silvio lag an der Treppe zum U-Bahnhof.

telegraph: Es gibt die unterschiedlichsten Darstellungen darüber, wann die Polizei eingetroffen ist, von der Polizei selbst, die angibt, 12 Minuten später erschienen zu sein bis zu Aussagen, daß sie erst eine Stunde später ankam.

Jörn F.: Ich hatte kein Zeitgefühl mehr. Ich hatte einen Schock und bin irgendwie herumgerannt. Es könnten schon 12 Minuten gewesen sein, eine Stunde erscheint mir zu lang. Die ersten, die gekommen sind, waren meiner Erinnerung nach Wachschutzleute. Die standen zu

zweit zehn oder zwanzig Meter entfernt und beschäftigten sich damit, ihren Hund zu beruhigen, statt Erste Hilfe zu leisten. Ich weiß gar nicht, wozu diese Leute da sind, außer zum Verprügeln von wehrlosen Betrunknen. Dann kamen uniformierte Polizisten die Treppe runter, wahrscheinlich eine normale Wannenbesatzung. Die leisteten aber auch keine Erste Hilfe, jedenfalls kann ich mich nicht daran erinnern. Ich weiß noch, daß sie mit Notizblöcken herumgerannt sind und irgendwelche beknackten Fragen stellten. Ich bin dann ausgerastet, als sie den röchelnden Ekke fragen wollten. Irgendwann später erst kamen Feuerwehr und Ärzte. Erst durch die sind wir medizinisch versorgt worden.

Kurz nach den uniformierten Polizisten kamen dann noch zwei Zivilpolizisten mit gezogenen Knarren die Treppe herunter und guckten, ob sie etwas schießen können. Dann zerrten sie an Christine rum und wollten von ihr Aussagen haben.

telegraph: Nach einer der ersten Darstellungen der Polizei wäre angeblich einer der Täter zur U-Bahn gelaufen und hätte dem Bahnhofpersonal Bescheid gegeben, das seinerseits die Polizei informiert hätte.

Jörn F.: Das war ein hinzukommender Zeuge. Keiner von den Tätern ist da geblieben oder hat Hilfe gerufen. Ich konnte gerade wegen dem Blut aus meiner Stirnwunde nichts richtig sehen. Ich hörte bloß "Weggehen, abhauen!" Einer hat noch versucht, mit dem Messer auf Christine loszugehen, aber da war ihnen die Zeit auch schon zu knapp.

telegraph: Kannst Du aus Deiner Sicht noch einmal etwas zu den Tätern sagen. Die Polizei sagte zunächst, daß es kein politisches Motiv gewesen wäre, dann, daß es keine Nazis, sondern Hooligans gewesen wären. War es ersichtlich, was das für Leute waren?

Jörn F.: Ich denke, so etwas kriegt man mit. Aber jedenfalls war da auch dieser Aufnäher und wir sind beim Niederstechen als "linke Säue" beschimpft worden. Ich denke, daß der Aufnäher ein "Stolzer Deutscher" war und keine Nationalfahne, wie die Polizei meint. Aber ich habe den Aufnäher in der Hektik nicht so genau gesehen, daß ich das bezeugen könnte.. Silvio sagte unten auf dem Bahnsteig zu mir, das sei ein "Stolzer Deutscher" gewesen.

telegraph: Wollten Euch diese Typen wirklich töten?

Jörn F.: Ich denke, sie wollten uns töten. Ich glaube auch nicht, daß die einfach so ausgetickt sind, sondern da stand eine ganze Menge Berechnung dahinter. Die Ärzte haben ausgesagt, daß die Messerstiche ziemlich professionell waren, nicht irgendwelche Affektstiche. Die Leute müssen das schon geübt haben. Sie haben Stechen und Schneiden kombiniert. Ja, ich bin mir sicher, daß sie uns umbringen wollten. Sie standen schon mit gezogenen Messern da, als wir hochkamen. Und außerdem, wenn man jemandem Stiche in den Oberkörper verpaßt, kann man wohl sicher sein, daß der stirbt. Ich hatte den Eindruck, daß die beiden, die mit dem Messer zugestochen haben, uns ziemlich durchdacht abgestochen haben.

telegraph: Welchen Eindruck hattest Du im Krankenhaus vom Vorgehen der Polizei? Auffällig war ja für Beobachter von draußen, daß offiziell nichts verlautete, was die Opfer sagen, während die Täter zunächst verharmlost wurden. Dann, als sich der eine Täter stellte, wurde seine erste Aussage in die Öffentlichkeit gebracht und als glaubhaft dargestellt. Das machte schon einen sehr stark parteiischen Eindruck.

Jörn F.: Die erste Vernehmung wurde mit mir zwei bis drei Stunden nachdem ich zusammengeflickt worden war gemacht.

Ich war immer noch ziemlich fertig. Da wurde mir schon zum ersten Mal mit Beugenhaft gedroht. Ich hatte den Eindruck, daß sie von Anfang an parteiisch waren.

telegraph: Es ging ihnen darum, die Politik herauszuhalten?

Jörn F.: Bei der dritten Vernehmung ging es ausschließlich darum. Vor allem wollten sie aus der Welt schaffen, daß es sich um Rechtsradikale handelt. Da haben sie alles drangesetzt bis zu Lügen. Sie haben mir gegenüber behauptet, daß Ekke gesagt hätte, daß es keine Rechtsradikalen waren, was natürlich nicht stimmte. Dann haben sie versucht, die Zwischenzeit zwischen der Kampelei und der Messerstecherei aus der Welt zu schaffen, um zu konstruieren, daß die sich verteidigt hätten. Von meinen Aussagen sind keine Protokolle angefertigt worden, die Polizisten haben sich höchstens mal ein paar Stichpunkte gemacht. Ich habe beispielsweise das Messer genau beschrieben. Das ist einfach nicht zur Kenntnis genommen worden.

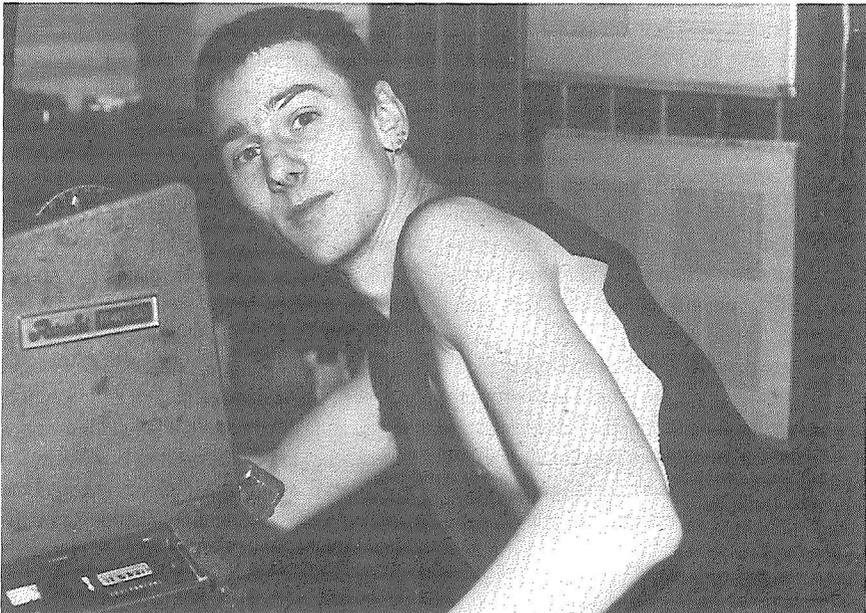
telegraph: Gibt es irgendwelche Vermutungen über die Hintergründe?

Jörn F.: Es hat eine Anzeige gegen randalierende Nazis gegeben und es gibt Vermutungen, daß die Täter identisch mit den Nazis sind, die vorher in unserem Viertel randalierten, "Heil Hitler!" gebrüllt haben und in der Schreinerstraße mit irgendwelchen Bürgern zusammenstießen. Es wird angenommen, daß die Nazis dann zum Bahnhof Frankfurter Allee gegangen sind, und mit der U-Bahn in die Samariterstraße zurückfuhren.

telegraph: Was sind für Dich die Konsequenzen aus dem, was geschehen ist? Was kann man gegen derartige Überfälle und gegen die Neonazis tun?

Jörn F.: Die Konsequenz für jeden sollte sein, noch mehr auf Nazis zu achten und sich noch mehr mit ihnen auseinanderzusetzen, jeder auf seine Weise. Auf jeden Fall sollte sich keiner einschüchtern lassen, weil sie das genau wollen. Treffen kann es jeden und überall.

(Das Gespräch führte W. Rüdtenklau)



Silvio

Erinnerung eines langjährigen Freundes an den am 20. November von Nazis Ermordeten

Kennengelernt habe ich Silvio 1986 bei einer Geburtstagsparty im Friedrichshain. Mir fiel seine mitreißende Art zu lachen auf. Irgendwann saß ich dann neben ihm und machte Witze, um mich von seiner Heiterkeit anstecken zu lassen. Ich bemerkte dabei, daß er auch über sich selbst lachen konnte, was ihn mir um so sympathischer machte, zumal ich so etwas bei vielen anderen vermißte.

Einige Monate vorher war er aus Quedlinburg nach Berlin gezogen, wohin er uns später manchmal mitnahm und seine "Hans-Dampf-in-allen-Gassen"-Erlebnisse glaubhaft vor der mittelalterlichen Kulisse erzählte.

Wir lebten damals fast alle in besetzten Wohnungen, in denen sich der größte Teil unseres gemeinsamen Lebens abspielte. Hier trafen wir uns, redeten über unsere Probleme, diskutierten, alberten und schmiedeten Pläne.

Silvio mußte immer irgendwie "unterwegs" sein und fand dabei schnell Kontakt zu anderen Menschen. Seine Wohnung wurde bald ein Anlaufpunkt für alle möglichen Leute, die dann immer jede Menge Neuigkeiten mitbrachten.

Er kam irgendwann zur seinerzeit in unseren Wohnungen "überwinternden" Berliner Offenen Arbeit, mit der viele aus der Friedrichshainer Szene in Verbindung standen. Für das Projekt eines Hauses der Offenen Arbeit, ein Ort wo wir uns mit unserer Art zu leben treffen konnten, außerhalb der staatlich instrumentalisierten Freizeitangebote der Jugendklubs, begann er sich zu engagieren.

Später dann beteiligte er sich maß-

geblich an der Organisierung unserer "Nachtrott"-Abende im Pro-Fi-Keller der Erlöser-Gemeinde und an der Herausgabe des Info-Blättchens der Offenen Arbeit, dem mOAning star. Unsere Redaktions-sitzungen fanden in seiner Wohnung statt.

Wenn Silvio von einer Idee überzeugt war, konnte er erstaunlich viel Zeit und Energie einsetzen und Leute dafür begeistern. Dabei war er sehr streitbar und es kostete mitunter Mühe, die eigene Position zu einem Thema zu behaupten.

Durch sein engagiertes Auftreten sah er sich oft der Kritik vorsichtigerer Mitstreiter ausgesetzt, so daß er sich dann zurückgesetzt fühlte und hart an sich arbeitete um dranzubleiben und sich weiter einzubringen. Mit Bewunderung habe ich gesehen, wie er in seiner Entwicklung manchmal über sich selbst hinauswachsen konnte.

Wie wir alle half Silvio neuen Leuten bei der Suche nach Wohnung und Arbeit oder bei für uns ganz normalen Geschichten, wie den Wehrdienstverweigerungen. Auch er verweigerte den Wehrdienst total und arbeitete zeitweilig aktiv in der Berliner Initiative zur Einrichtung eines sozialen Friedensdienstes (SOFD) mit.

Er gehörte 1987 zu den Mitorganisatoren des Kirchentags von Unten und hatte in einer zweiköpfigen Gruppe das Ressort der Finanzen übernommen. Die ganze Woche danach lagen wir auf dem Fußboden, um einige tausend Mark an Kleingeld in Papier zu rollen.

In dieser Zeit versuchte er auch Konzerte zu organisieren, wie das mit der "Firma" und "Element of Crime" am 17.

Oktober 1987 in der Zionskirche, welches durch den Nazi-Überfall zur traurigen Berühmtheit wurde. Seine ungezwungene Art machte ihn da zu einem Organisationsstalent. Auch half er den Köpenicker Punks bei der Vorbereitung ihrer genialen Frühlingstfeste.

Es gab eigentlich kaum eine Aktion in Berlin, bei der Silvio nicht dabei war. So beispielsweise bei der Mahnwache in Zion im November 1987 oder die Demonstration gegen den IWF-Gipfel, im September 1988 in Westberlin. Vorher veranstalteten wir zwei kleine Seminare in unseren Wohnungen, auf denen uns klar wurde, daß allein schon mit der Beherbergung einiger IWF-Bonzen in Ostberlin die DDR Mitverantwortung für die Ausbeutung der Dritten Welt trägt. Wir sammelten Zwanzig-Pfennig-Münzen, um damit die Telefonleitungen der Interhotels lahmzulegen. Vor dem Pergamonmuseum wurden dann einige der verutzten IWF-Gipfelteilnehmer mit Kleingeld beworfen. Als sich der Demonstrationsszug in Richtung Amerikanische Botschaft bewegte, wurde er von der Polizei "eingesammelt". Wie die anderen konnte Silvio hinterher erzählen, daß sie die Vernehmer mit ihrer Argumentation lässig aufs Kreuz legten, indem sie ihre Aktion als eine Solidaritätsbekundung mit den vom Kapitalismus unterdrückten Völker der Dritten Welt erklärten, was ja auch offizielle Staatspolitik war.

Silvio war auch bei der "Wanderung" zur Giftmüllverbrennungsanlage in Schöneiche dabei, bei einer der ersten grenzüberschreitend vorbereiteten Aktion.

Als es um die Beteiligung an der staatlichen Januardemonstration 1988 anlässlich des Todes Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts ging, gehörte er zu denen, die bewußt fernblieben.

Auch er sah durch die massenweise Beteiligung von Ausreisewilligen unser Anliegen mißbraucht, nämlich, daß wir die Gesellschaft hier als Bewohner des Landes verändern wollten und nicht durch demonstratives Auftreten lediglich ein Ausreisebegehren zu manifestieren, wie es die "Ausreiser" als Gruppenphänomen immer taten. Außerdem lief an diesem Wochenende die jährliche DDR-weite Tagung der Offenen Arbeit in Hirschluch, die uns dann doch wichtiger war.

Etwas später veranstalteten wir ein Schmalofilmfestival in der Umwelt-Bibliothek, zu dem uns Silvio mit seiner lockeren Art des Kontaktaufnehmens dazu anspornte, die schwierigen Künstlerexistenzen für unser Projekt zu gewinnen. Alles in allem war das für uns ein gelungenes Wochenende, obwohl es nicht zur Verleihung des Preises der "Goldenen Kellerassel" kam, nicht zuletzt deshalb, weil die offen ausgestellte "Goldene Kellerassel" am Ende verschwunden war.

An den Verhandlungen mit der Kirchenleitung um eigene Räume der Kirche von Unten beteiligte sich Silvio ab 1987. Als wir endlich Ende 1988 in der Elisabethgemeinde ein Zuhause fanden, renovierte auch er bis zur physischen Erschöpfung mit.

Bei fast allen unserer Veranstaltungen in der KvU war Silvio dabei. So organisierte er als einer unserer Vertreter die fast flächendeckende Auszählung der Wählerstimmen im Mai 1989 in Berlin mit. Verständlicherweise war auch er darüber empört, daß Pfarrer Eppelmann entgegen der Absprachen vorzeitig die Beweise der Wahlmanipulationen den Westmedien präsentierte und sich damit auf Kosten anderer öffentlich produzierte.

Als im September 1989 ein Parteiengründungsfieber ausbrach, stellten wir

diesem Phänomen verulkend unser "Positionspapier zur Bildung einer transradikalen linken Föderative" entgegen, welches wir mit "Fröhliche Friedrichshainer FriedensFreunde" unterzeichneten und dann obendrein die allgemeine Kürzelungsmanie mit "Fr. Fr. Fr. Fr." karikierten. Dieses Papierchen entstand in Silvios Wohnung. Ich kann mich gut daran erinnern, daß wir verbissen um jedes Wort feilschten, wie immer, wenn wir gemeinsam etwas zu Papier brachten. Am Ende präsentierten wir stolz unser neues Produkt, bei dem sich dann keiner zu kurz gekommen fühlte.

Wir bereiteten zuweilen wochenlang Jokes vor, um sie zu gegebener Zeit ein einziges mal vom Stapel zu lassen, Theaterstücke oder provisorische Bandprojekte. Für mich war das eigentlich Silvio, eine seiner Möglichkeiten, mit den Dingen umzugehen. Wir konnten dabei stunden-

lang angestrengt über Tage und Wochen an solchen Geschichten arbeiten, ohne dabei den Faden zu verlieren. Silvios Art witzig zu sein, konnte viele angespannte Situationen entkrampfen. Oft provozierte er uns da mit seiner typischen Annache, auch wenn der Spaß dabei auf seine Kosten ging.

Am Abend des 7. Oktober 1989 lief er unvorsichtigerweise in die Arme einer



Polizeikette und mußte aufgrund des öffentlichen Druckes wie die anderen Festgenommenen eine Woche später freigelassen werden. Mit einem Freund war er der Einzige, die den Sicherheitskräften gegenüber keinerlei Aussagen machten.

Im Herbst 1989 hatten wir noch so etwas wie eine Utopie der Vereinigten Linken. Unser Fehler dabei war vielleicht, daß wir nicht den Ernst der Lage erkannten und diese Angelegenheit nach unserer Mentalität auf die lange Bank zu schieben gedachten. Als dann die einzelnen Gruppen wie nach einem Knall auseinanderflogen und wir Friedrichshainer für uns einen schon immer gehegten Traum, das Zusammenleben in einem Haus verwirklichten, war es auch Silvio, der unsere Entscheidungen mitrug und beeinflusste.

Natürlich mußten wir dabei die gesellschaftlichen Veränderungen schmerzlich zur Kenntnis nehmen, zumal wir uns als Hausbesetzer zunehmend in die Position einer Randgruppe gedrängt sahen, die nach bundesdeutschem Muster isoliert und kriminalisiert wurde. In dieser Situation entwickelte auch Silvio unseren Stand in der "Szene", als ein Haus mit Leuten, die wegen ihrer Erfahrungen nicht jede für uns unbesonnen erscheinende Aktion mittragen können, die aber trotzdem dazugehören.

Seit dem Frühjahr 1990 kam es immer häufiger zu Angriffen Rechtsradikaler auf besetzte Häuser. Nicht nur aus Gründen des Selbstschutzes (und dem Schutz der Kinder, die bei uns leben) sondern auch mit dem Bewußtsein für gesellschaftliche Verantwortung, das wir über die Jahre entwickelt hatten, traten wir dem entgegen. Als sich die Rechten einem organisierten Widerstand seitens der Häuser gegenüber sahen und sich

dann feige auf die Schwächsten der Gesellschaft, die Nichtdeutschen stürzten, gehörte Silvio zu denen, die das Problem nicht aus dem Auge verloren.

Wir redeten über die Ursachen und Symptome von Abgrenzung, Überheblichkeit und sozialer Hoffnungslosigkeit, über die latenten Formen des Faschismus in der bürgerlichen Gesellschaft und auf welche Weise sie benutzt und gefördert werden. An eine nötige Utopiediskussion wird sich Silvio nicht mehr beteiligen können. Silvio redete nicht nur, sondern handelte auch. Ich beneidete ihn um seine Art des couragiert gelebten Widerstandes, wie ich sie mir nie getraut habe.

Es gehört zu unseren Erfahrungen, daß erlebte schreckliche Dinge niemals öffentlich aufgeklärt, und die wahrhaftig Schuldigen zur Verantwortung gezogen wurden und werden. Immer noch und wieder stehen wir ziemlich ohnmächtig den offiziellen Verlautbarungen der Mächtigen und ihrer Medien, den verschleppenden Polizeiermittlungen und den uninteressierten und falsch informierten Bürgern gegenüber, einer ganz miesen Ignoranz, auch wenn wir jetzt mit unserer Gegenöffentlichkeit teilweise Richtigstellungen erreichten. Um so schlimmer empfinden wir die Bestrebungen von Leuten, die Silvio als einen Märtyrer für ihre politischen Zwecke mißbrauchen um sich damit Öffentlichkeit verschaffen zu wollen.

Viele, die uns und Silvio kennenlernten, haben sich irgendwie gemeldet, ohne große Worte. Es tut gut zu wissen, daß wir nicht allein sind.

Als man meinen Freund ermordete, bin ich auch gestorben. Weil ich noch lebe, lebt Silvio weiter.

Molti

Ist der Judith-Auer-Club ein Nazi-Nest?

Spätestens seit der Mordattacke gegen Silvio und seine Freunde ist der Ostberliner Judith Auer Club jedem bekannt. Er wurde zu DDR-Zeiten nach einer jüdischen Antifaschistin benannt, die im Dritten Reich von den Nazis ermordet wurde. Der Club ist aber keineswegs ein Hort antifaschistischen Gedankenguts, sondern makabererweise ein Nazi-Nest. Zwei Brandanschläge bereiteten in diesen Tagen dem Treiben ein jähes Ende.

Im "telegraph" wurde bereits im Oktober von den braunen Aktivitäten im Auerclub berichtet (Nr.10/92, S..22). Sämtlichen Klubleitern und Sozialarbeitern in Lichtenberg war das Problem seit langem geläufig. Seit September gab es die einhellige Bitte an die Antifa, still zu halten. Man sei am Thema dran und betreibe eine Lösung des Problems. Aber in der Nacht als Silvio und seine Freunde niedergestochen wurden, waren volle zwei Monate tatenlosen Zusehens vergangen. Die faschistischen Mörder gehörten zur Kundschaft des Auerclubs.

Statt nun zügig Veränderungen vorzunehmen, wird versucht, das Bild des Nazi-Nestes zu vertuschen. In der Berliner Morgenpost vom 26.11. erschien ein Artikel unter dem Titel: "Auer-Klub ist kein Hort für rechte Szene". Darin wurde versucht das Bild eines völlig normalen Jugend-Klubs vorzugaukeln. So sind laut einer Klub-Mitarbeiterin die Mörder nicht bekannt. Der Jugendstadtrat Wolfgang Powierski (SPD) kam zu Wort: "Der Auerklub ist nicht der rechten Szene zuzuordnen. Hier trifft sich die Jugend aus dem Kiez. (...)

Daß organisierte Neonazis zu den Klub-Gästen gehört haben, dort sogar Mitglieder angeworben haben sollen, sei ihm nicht bekannt."

Schon im Vorfeld der Ereignisse haben mehrmals Antifas Stippvisiten im Auerclub abgehalten. Sie wissen ganz andere Dinge zu berichten:

Die magische Zeit ist stets der Freitagabend. Der Club ist jedesmal voll. Der größte Teil der Gäste macht dort keinen Hehl aus seiner Gesinnung: T-Shirts mit Hakenkreuzen, SS-Runen, White-Power-Symbolen, Reichsadlern, Ku-Klux-Klan-Motiven, immer wiederkehrendes Skandieren von rassistischen, antisemitischen, offen faschistischen Parolen. Offizielle Begrüßungsform ist der zum Deutschen Gruß erhobene rechte Arm und ein kräftiges "Sieg Heil!". Bevorzugt gespielte Musik kommt aus dem reichhaltigen Angebot diverser Neonazibands. Dazwischen, vom Diskjockey immer besonders angekündigt, ein musikalisches Häppchen aus der Zeit vor 1945 in Form von NS-Propaganda-Liedern und Durchhalte-Landser-Gegröhle. Und mitten drin die Führer: Schweigert, Priem, usw..

Die Sozialarbeiter tagen immer noch. Man überlegt, ob man eventuell Klubverbote für einige Personen aussprechen sollte. Doch bis jetzt kann sich keiner dazu durchringen. Aber es ist ja noch eine Weile Zeit, bis der Club wieder hergerichtet ist. Sozialarbeit in Deutschland - nie war sie so wertvoll wie heute.

Jolli Jumper

Nazis morden und der Staat vertuscht!

Das der bundesdeutsche Staat auf dem rechten Auge erblindet ist, ist nichts Neues. Daß das aber bis zur ganzseitigen Lähmung gehen kann, wurde gerade seit der brutalen Ermordung von Silvio Meier und den Toten von Mölln erschreckend deutlich.

Hand in Hand mit den großen Medien wurde versucht, diese Taten zu verharmlosen und einen politischen Hintergrund zu leugnen. Anfänglich versuchte man, den Mord an Silvio Meier zu einem Konflikt rivalisierender Jugendbanden zu stempeln, später ging man sogar soweit, die Opfer zu Angreifern und Tätern werden zu lassen und die Mörder zu Bedauernswerten, die sich in Notwehr befanden umzudeuten. Diese Lüge war aber dann doch zu viel. Sie überdauerte keine 24 Stunden.

Im Fall Mölln wurde der Druck des Auslands so hoch, daß der Herr Generalbundesanwalt von Stahl höchst persönlich genötigt war, sehr pressewirksam, die Ermittlungenzu übernehmen. Und um dem Druck von außen zu besänftigen, verbietet der Herr Innenminister noch schnell eine kleine faschistische Organisation, ebenfalls sehr pressewirksam und natürlich nach tagelanger Vorwarnung, damit die Kollegen von der NF genügend Zeit haben, sich auf das Verbot vorzubereiten. Dann ergreift man nach unermüdlicher Jagd die vermutlichen Mörder und Gras wächst über die Sache: Oh Verzeihung an das Ausland, kommt nicht wieder vor. Der Investitionsstandort Deutschland soll weiterhin attraktiv bleiben.

Daß die Morde an Silvio Meier und den Türkinnen von Mölln nicht zu vertuschen waren, lag einzig allein an der Tatsache, daß dies von starkem politischen Gegendruck verhindert wurde. Bei Silvio Meier solidarierte sich eine ganze politische Szene und die Freunde leisteten die tägliche Mühsal

von Pressearbeit. Hinzu kamen noch einige politische Freunde aus der Zeit der DDR-Opposition, die heute zum Teil in respektierlichen politischen Positionen sitzen. Aber schon von Leuten aus dem Bündnis 90, die Silvio ebenfalls kannten, wie die ehemalige brandenburgische Ministerin, Marianne Birthler war nicht der leiseste Ton zu hören.

Ein derartig großer Bekanntheitsgrad ist jedoch die Seltenheit und so gelingt es dem Staat immer wieder, faschistische Attacken und Morde zu vertuschen und zu entpolitisieren. Silvio Meier ist nicht das erste und auch nicht das erste deutsche Mordopfer der Nazis, wie die Boulevardzeitungen behaupten. In letzter Zeit sind mindestens drei weitere faschistische Morde durch die Medien bekannt geworden. Ein weiterer Fall ist der Redaktion aus dem Monat September bekannt.

In einer Freiluftdisco, in einem Ort bei Nauen in Brandenburg, zettelten Nazi-Skinheads mit anderen Besuchern eine Schlägerei an. Nach Augenzeugenberichten benutzte einer der Skinheads einen Feuerlöscher, mit dem er einen jungen Mann zu Boden schlug. Anschließend steckte er ihm den Schlauch des Löschers in den Mund und betätigte den Auslöser. Die Löscherfüllung zefetzte dem jungen Mann die Lunge und er starb an den Folgen im Krankenhaus. Seine Mörder konnten entkommen.

Am 6. November wurde ein 51jähriger Mann am Kolpinsee bei Lehnin, Land Brandenburg, von drei Nazi-Skinheads auf bestialische Art und Weise erschlagen, anschließend mit Benzin übergossen, angezündet und in den Kolpiner See geworfen.

In der Nacht vom 7. zum 8. November wurden zwei Menschen tot an der S-Bahnstrecke nach Königs Wusterhausen bei Berlin, aufgefunden. Die offizielle Version

behauptet, daß es sich um S-Bahn-Surfer handelt. Die beiden Toten sind Ausländer. In einer Pressemitteilung der Kontakt- und Beratungsstelle für Außereuropäische Flüchtlinge wird diese Polizeiversion bezweifelt. Es heißt in dem Bericht, daß die ermittelnden Behörden bewußt den wahren Tathergang vertuschen, um ein rassistisches Tatmotiv leugnen zu können. Aus Antifa-Kreisen verlautet, daß die Toten in Königs Wusterhausen Opfer des Ku-Klux- Klans geworden sind, der dort eine starke Gruppierung besitzt.

Seit 1990 sind, außer den oben genannten Fällen, weitere 23 Morde mit rassistischen/faschistischen Hintergrund in der BRD bekannt geworden. Der größte Teil wurde vertuscht und entpolitisiert. Was hier betrieben wird, ist hochgradig kriminell, ist Manipulation der Öffentlichkeit, Vertuschung und Betrug. Hier laufen Interessen zusammen die über Leichen gehen. Und die eigentlichen Täter sind die Herrschenden in Bonn, die mit ihrer rassistischen Politik, ihrem Schüren von Feindschaft gegen alles, was anders ist, den Faschisten reihenweise Blan-

kovollmachten überreichen. Mittlerweile macht sich immerhin auch in Bonn Unbehagen breit. Denn die rechten Geister die gerufen wurden, um eine Asyldebatte vom Zaun brechen zu können, geraten außer Kontrolle. Sie wollen mehr und mehr, sind gierig und keineswegs berechenbar.

Die Menschen in der BRD bekommen Angst, denn nun gehts ans Eingemachte. Nun sind es nicht mehr nur die hier lebenden Ausländer die es treffen kann. Die wissen schon lange was los ist im Staate Bundesrepublik.

Daniel Düsentrieb

Anzeige

DAS BOOT IST LANGE NOCH NICHT VOLL!



ctr•hard+ software

COMPUTERKOLLEKTIV

Müllerstr. 14 • Berlin 65 • Tel. 462 20 31 • Fax 465 73 91
 Di - Fr 10 - 18 Uhr • Sa 10 - 14 Uhr • dir. U-Bhf. Wedding

Kommentar: Bewegungsfragen

Jeder, der die letzten fünf Jahre in diesem Land mit wachem Interesse, Bemühen um Verständnis und Engagement verfolgt hat, ist jetzt in Verzweiflung geraten. Vor fünf Jahren noch gab es eine politisch bereits differenzierte, aber in ihren Idealen geschlossene Friedensbewegung in der DDR. Die Verhaftungen in der Umwelt-Bibliothek Berlin führten erstmals zu einer öffentlichen Solidaritätsbewegung, an der eine starke Minderheit der Bevölkerung teilnahm. Die Staatssicherheit erlitt die erste große Niederlage in ihrer Geschichte. Die Herrschenden schienen sich - aus welchen Gründen auch immer - nicht eins werden zu können über die Opposition. Der Weg schien frei für eine nicht widerstandsfreie, aber doch zukunftssträchtige Reform des Systems.

Als dann im Oktober 1989 das System kollabierte, rächte es sich, daß die Opposition nie wirklich über eine Zukunft jenseits der SED nachgedacht hatte, in ihrer Mehrheit immer die Vorstellung hatte, zusammen mit den regierenden Kommunisten und als deren Korrektiv eine demokratische Gesellschaft aufzubauen. Es zeigte sich, daß eigentlich keiner von den Funktionären wirklich einen Sozialismus wollte, daß jeder nur seine Karriere in der Hierarchie der Diktatur verfolgte.

Aber wir haben uns eben statt auf die Realitäten auf Träume orientiert. Bei nüchterner Überlegung hätte jedem von uns klar sein müssen, daß die SED nur eine Satrapenregierung Moskaus war und daß die wirtschaftliche Situation mittlerweile ein irreparables Niveau erreicht hatte.

1969 untersuchte der oppositionelle

sowjetische Historiker Amalrik in seinem berühmten Essay "Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben?" die Situation der Sowjetunion und die Folgen eines Zusammenbruches: "Höchstwahrscheinlich wird die Demokratische Bewegung, vom Regime durch ständige Repressionen am Erstarken gehindert, dann nicht imstande sein, die Kontrolle zu übernehmen, jedenfalls nicht für die Zeitspanne, die notwendig ist, um die Probleme zu lösen, mit denen sich das Land konfrontiert sieht. In diesem Fall wird die unvermeidliche "Entimperialisierung" auf äußerst schmerzhafteste Weise vor sich gehen. Die Macht wird von extremistischen Gruppen und Elementen übernommen werden, und das Land muß im Zustand der Anarchie und Gewalt und bei schärfsten nationalen Gegensätzen in seine Teile zerfallen. Dabei werden die Grenzen der jungen Nationalstaaten, die auf dem Territorium der früheren Sowjetunion entstehen, nur äußerst schwer festzulegen sein, vermutlich auf dem Wege bewaffneter Zusammenstöße..."

Und natürlich sieht Amalrik dann die Wiedervereinigung Deutschlands voraus: "Es ist schwer zu sagen, ob sie auf dem Wege der Einverleibung Ostdeutschlands durch Westdeutschland vor sich gehen wird oder ob sich die nachulbrichtschen Führer der DDR, die reale Lage in Rechnung stellend, auf eine freiwillige Wiedervereinigung einlassen werden, um damit einen Teil ihrer Privilegien zu retten. In jedem Fall würde ein wiedervereinigtes Deutschland mit genügend starker antisowjetischer Orientierung eine völlig neue Lage in Europa schaffen."

Und auch in der Variantendiskussion hinsichtlich der übrigen osteuropäische

Länder kommt Amahrik nahe an die heutige Situation: "...Es dürften höchstwahrscheinlich nationalkommunistische Regimes entstehen, die in ihrer Art in dem betreffenden Land Ähnlichkeit mit dem vorkommunistischen Regime haben werden: in der Tschechoslowakei eine liberale Demokratie, in Polen ein militaristisches Regime usw.. Einige Länder wie Ungarn und Rumänien würden sofort auf eine ausgesprochen prodeutsche Linie einschwenken.... Wahrscheinlich würden ... die "entsowjetisierten" osteuropäischen Länder wie Pferde ohne Zügel vorwärtstürmen und angesichts der Schwäche der UdSSR in Europa ihre unvergessenen, wenn auch lange verschwiegenen Forderungen anmelden: Polen auf Lemberg und Wilna, Deutschland auf Königsberg, Ungarn auf Transkarpatien und Rumänien auf Bessarabien. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch Finnland seine Ansprüche auf Wiborg und Petsamo vorbringt. Auch ist es wahrscheinlich, daß Japan ... seine territorialen Ansprüche laut werden läßt - zuerst auf die Kurilen, dann auf Sachalin und schließlich ... auch auf einen Teil des sowjetischen Fernen Ostens."

Unser Fehler war, die kommunistischen Regimes an ihrer Übereinstimmung mit dem Marxismus oder anderen sozialistischen Doktrinen messen zu wollen. In Wirklichkeit diente die marxistische Doktrin nur als Staatsreligion dem Zusammenhalt des letzten Kolonialreiches der Geschichte. Das war einerseits seit Jahrzehnten allen klar, andererseits logen sich alle westlichen Sozialisten in die Tasche, weil im Osten wenigstens ein minimaler Ansatz für eine sozialistische Entwicklung gegeben schien. "Wenn es sich zeigen sollte, daß in der Sowjetunion nicht der Sozialismus entsteht, muß man

diese Erde ohne Hoffnung verlassen.", meinte der alternde George Bernhard Shaw.

Immerhin hätten wir jetzt, angesichts dieses Scherbenhaufens verfehlter Hoffnungen, wenigstens eine Chance: zu lernen, wie sich Sozialismus auf keinen Fall verwirklichen kann. Und zwei Punkte drängen sich geradezu auf:

Sozialismus ergibt sich eben nicht automatisch, wie Marx und Engels glaubten, aus den Vorstellungen der jeweils fortgeschrittensten Klassen, schon gar nicht, wie Lenin annahm, aus den Einfällen des bewußtesten Vortrupps der Arbeiterklasse oder sogar, wie Stalin unterstellte, aus dem Willen des Führers des bewußtesten Vortrupps der Arbeiterklasse. Wir müssen zu den Vorstellungen der sogenannten "utopischen Sozialisten" aber eben auch der radikalen Demokraten zurückkehren, die darüber nachdachten, wie denn diese Gesellschaft eigentlich aussehen soll, wie sie funktionieren kann und dergleichen, "eine Gesellschaft zu schaffen als Kunstwerk nach dem Modell der Freiheit", wie es der preußische Demokrat Johann Jacoby ausdrückte.

Der zweite Punkt, der auf der Hand liegt ist die Tatsache, daß der Zweck eben nicht die Mittel heiligt. Lenin und seine Genossen haben praktisch die gesamte herrschende Klasse Russlands liquidiert, in der irrigen Hoffnung, daß danach keine neue herrschende Klasse entstehen könne. Tatsächlich schufen sie selbst diese herrschende Klasse, die Sowjetbürokratie und das Regime, das daraus entstand, war in keiner Weise mit den moralischen Skrupeln belastet, die selbst noch der Zarismus hatte. Mit den barbarischen Mitteln wurde auch das Ziel barbarisch. Die Mittel zur Erreichung eines humanen Ziels müssen in etwa diesem

Ziel adäquat sein. Es ist eine Torheit, eine demokratische Gesellschaft erzwingen zu wollen, indem man die Bürger solange "reifen" läßt, bis sie eines Tages endlich in der Lage sind, demokratische Entscheidungen zu treffen.

Mindestens diese beiden Punkte könnten endgültig klar geworden sein. Aber das Konglomerat von Strömungen, das heutzutage mit dem Leerwort "die Linke" oder sogar noch leerer mit "radikale Linke" bezeichnet wird, läßt kaum Hoffnungen aufkommen, daß Leute, die sich selbst für lernfähig und bewußt halten, in der Lage sind, auch nur die plattesten Lehren aus dem zu ziehen, was geschehen ist. Dabei hat das gerade untergegangene Großunternehmen Stalinismus Millionen von Opfern gefordert, allermeist völlig unschuldige Leute. Wer auf dieses monströse Gedankengebilde keinen Stein wirft, macht sich mitschuldig.

Das alles, wird hier wieder gesagt werden, sei der Schnee von gestern. Es gehe jetzt darum, sich den aktuellen Herausforderungen zu stellen. Der Faschismus herrsche auf der Straße und die Herrschenden kokettierten bereits mit dem Faschismus. Hier und jetzt ginge es darum, daß alle Linken in einem festen Bündnis zusammenstehen. Nein, das glaube ich nicht.

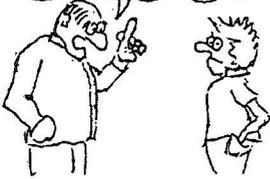
Der wiedererwachende primitive Nationalismus und die moralische Barbarei, die wir in diesen Tagen auf den Straßen unserer Städte und Dörfer sehen, ist ja, wenigstens was Ostdeutschland betrifft, kein von irgendwelchen Geldgebern bezahlter Mob. Es sind junge Leute, 16-18-jährige, viele aus den Randschichten, die früher in der DDR zur Offenen Arbeit und zur Friedensbewegung stießen. Es ist, da sollten wir uns nichts vormachen, eine gesellschaftliche Bewegung. Wenn dieser Begriff bei vielen auf Ablehnung

stößt, so liegt das meines Erachtens daran, daß Bewegung von uns in den letzten Jahren immer überschätzt wurde. Letztendlich ist Bewegung nur eine von irgendeiner Idee getragene breite Bewußtseinsströmung. Daß wir das ansich schon für positiv hielten ist ein Nachhall der marxistischen Annahme, daß neue rebellische Ideen ansich schon fortschrittlich sein müßten. Wir hatten vergessen (oder unter dem Einfluß von DDR-Schulbuchautoren übersehen), daß auch der aufkommende Nationalsozialismus in den zwanziger Jahren eine Bewegung war.

Erste Schwierigkeiten mit ganz anders gearteten Bewegungen hatten wir in der DDR seit Ende 1987 und haben das nur zum Teil reflektiert. Die "Ausreisebewegung" versuchte sich an die Friedensgruppen anzuhängen und viele Gruppen, beispielsweise die Leipziger, haben nie ganz den Unterschied zwischen dieser und der Friedensbewegung begriffen. Der Mitbegründer der Initiative Frieden und Menschenrechte, Wolfgang Templin, glaubte sogar, hier ein neues revolutionäres Potential entdeckt zu haben und hat sich bis heute noch nicht von seinem Erstaunen über die Folgen erholt. In Ostberlin hatten wir immerhin begriffen, daß zwischen uns und den Ausreisewilligen eine tiefe Kluft hinsichtlich der Zielstellung und der ethischen Orientierung lag. Da die Resolution, die damals von verschiedenen Ostberliner Gruppen über diesen Gegenstand gemacht wurde, verschollen ist, möchte ich mich ausnahmsweise mit einem damaligen Artikel in den "Umweltblättern" selbst zitieren: "... Aber für einen Umzug von Deutschland nach Deutschland ist der Mut nicht zu klein. Da steigen "unsere Bürger" zu Tausenden aus und stellen Karriere, Besitz und Familie beiseite, riskieren sogar Gefängnisstrafen. Da werden plötzlich

DAS VERMÄCHTNIS

Ich weiß nicht, warum du rummeckerst, wir haben euch alles geschaffen!



Zum Beispiel satt zu essen.



Auf Kosten der 3. Welt!



(Oder... Frieden.)



Aber es gibt immer mehr und raffiniertere Waffen!



Energie in Hülle und Fülle!



Auf Kosten der Umwelt!



Riesige neue Wohngebiete!



Die riesige neue soziale Probleme produzieren!



Ruhe und Ordnung!



(Und Neonazis!)



Und eine edle und schöne Aufgabe...



Aufgabe?



Na alles, was du genannt hast! Oder denkst du etwa, wir lassen euch rumgammeln und von den Früchten unserer Arbeit leben?!



Karikatur von Dirk Moldt in den "Umweltblättern" 1988

Selbsthilfegruppen geschaffen, andererseits aber auch Kinder als Geiseln zu Demos mitgeschleppt, Frau und Kinder sitzengelassen, Freunde und Solidarisationwillige verraten, - da ist jedes Mittel recht. ...Für diese Art von Mut gegenüber den Schwachen fehlt uns das Verständnis. Für diese Karikatur einer Bewegung rühren wir keinen Finger mehr.”

Wenn wir damals schon schmerzhaft begriffen, daß unsere Ideen bei diesen Leuten keinerlei Begeisterung weckten, weil sie ganz andere Grundvorstellung vom Leben hatten, als wir, ist das heute bei den jungen Leuten in den neonazistischen Gruppen umso mehr der Fall. Die leitenden Gedanken, die uns bewegt haben, waren linksdemokratische Ideen und christlich-sozialistische Orientierungen: Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Demokratie, Menschenrechte und der Glaube daran, daß die Menschen besserungsfähig sind und eine bessere Art von Gesellschaft möglich ist. Die jungen Leute in den Neonazigruppen glauben, wenn sich dieser Glaube überhaupt systematisieren läßt, an Haß, Gewalt und Unterdrückung und sie hoffen, daß sie nach der “Machtergreifung” selbst zu den Unterdrückten gehören werden. Glück sei bei begrenzten Ressourcen und wegen der Dummheit der Menschen ohnehin nur für wenige Herrschende möglich.

Dieses satanische Prinzip wurde von Herrschenden aller Zeiten heimlich gedacht und selten offen ausgesprochen. Dem deutschen Nationalsozialismus und der hoffnungsvollen Jugend der jetzigen Generation blieb es vorbehalten, das erlösende Wort zu sprechen. Es ist im Sinne dieser Ziele alles erlaubt und richtig, natürlich auch das Verbrennen und Ermorden von Menschen. Man fühlt sich lebhaft an jene Szene aus Orwells 1984 erinnert, als Smith seinem Vernehmer O'Brien gegenübersteht und

feststellt, daß einer von beiden pervers und verrückt ist, nur ist es schwer festzustellen, wer von den beiden.

Die Geschichte lehrt eben, daß moralische Werte nicht, wie noch der selige Immanuel Kant glaubte, dem Menschen eingeboren sind. Sinnvolle Normen und Mechanismen eines gleichberechtigten Miteinanders entwickelten sich seit den Propheten des Alten Testaments über Thomas Müntzer und die Große Französische Revolution über Jahrtausende und wurden über Generationen weitergegeben. Sie waren zum Schluß so stark, daß selbst die Moralvorstellungen der Herrschenden von ihnen beeinflußt wurden und die Engländer beispielsweise, um das moralische Gesicht zu wahren, der gewaltlosen Ghandi-Bewegung in Indien weichen mußten. Für Stalin und Hitler wären moralische Skrupel kein Problem gewesen.

Heute aber erleben wir, was passiert, wenn diese Vorstellungen nicht mehr weitergegeben werden. Im Westen betreibt die Sozialdemokratie das Studium der Grundwerte nur noch als Alibifunktion. Die Kirchen beschränken sich wie seit jeher darauf, den herrschenden Parteien ihre Legitimität zu bestätigen. In den Schulen und im Leben spielt nur noch der Grundsatz eine Rolle, daß der Erfolgreiche recht hat. Im Osten hatten die kommunistischen Parteien samt dem Staat auch die Erziehung übernommen und sie prägten den breiten Massen ein, daß das, was die Partei macht richtig ist und alles andere “bürgerlich idealistische Moralvorstellungen” sind, die über Bord geworfen gehören. Der Erfolg war glänzend. Seinerzeit konnte man mit solchem Unsinn die idiotischsten und unmenschlichsten Vorhaben rechtfertigen. Nach dem Sturz der stalinistischen Regimes ist auch noch die letzte Instanz geschwunden, die den Anspruch erhob,

zwischen gut und böse unterscheiden zu können.

Die Folge ist die Gesellschaft, in der wir leben, eine sogenannte pluralistische Gesellschaft, in der theoretisch die Anhänger der unterschiedlichsten Wertvorstellungen friedlich miteinander leben. In Wahrheit triumphieren natürlich diejenigen, deren Prinzip es ist, auf Kosten ihrer Mitmenschen reich und mächtig zu werden und dabei kein Mittel zu scheuen, ob es nun Wahlbetrug, "warme Sanierung" oder Mord ist. Die anderen, die irgendwelche Einwände aus der konventionellen Moral erheben, geraten sofort in Verdacht, "rote Socken" oder frömmelnde Scheinheilige zu sein, die nichts von der Praxis des Lebens wissen.

Meine Bündnisgenossen sind nicht diejenigen, die einen Ermordeten usurpieren,

Anzeige

indem sie brüllen: "Genosse Meier, die Arbeiterklasse wird dich rächen!" Meine Bundesgenossen sind die, die überall im Lande versuchen, menschliche Gesinnung zu verteidigen und einige Vorstellungen von einer Gesellschaft von Freien und Gleichen weiter zu vermitteln, ob in der Schule, in den Behörden, in den Parteien oder in den Kirchen oder - wo es im Moment am schwersten scheint - in der sogenannten linken Szene. Mit diesen Leuten möchte ich mich zusammensetzen und über eine neue Bewegung jenseits der "Linken" nachdenken, über Grundsätze und über konkrete Vorstellungen zu einer besseren Art von menschlicher Gesellschaft.

Nachbemerkung und Zurücknahme: Wahrscheinlich beschimpfte ich "die Linke" deshalb so heftig, weil ich trotz alledem dort noch am ehesten Leute sehe, die an einem Neubeginn mitwirken könnten.

W. Rüddenklau

NEU! CILIP 43

Bürgerrechte & **Polizei**

Schwerpunkt:

**Private
Sicherheitsdienste**

Bestellungen
an die Redaktion:
Bürgerrechte & Polizei/CILIP
c/o FU Berlin
Malteser Str. 74-100
1000 Berlin 46
Tel.: 030/7792-462

Preis/Einzelheft: DM 10 p.V.
Jahresabo (3 Hefte)
Personen: DM 24 p.V.
Institutionen: DM 45 p.V.

Presseerklärung unabhängiger Gruppen zu den Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Jugendlichen in Leipzig-Connewitz in der Nacht vom 27.11. zum 28.11.1992

Am Abend des 27.11. kam es durch unverhältnismäßige Reaktion der Polizei bei der Klärung eines Sachverhaltes in der Leopoldstr. in Leipzig-Connewitz zu einem Handgemenge zwischen Jugendlichen und der Polizei. Ein 17jähriger jugendlicher Hausbesetzer trat einer Polizistin offensiv gegenüber. Obwohl als gesichert gilt, daß keine "Gefahr für Leib und Leben" der Beamtin bestand (sie war Bestandteil eines ca. 25köpfigen Polizeiaufgebotes) gab sie zwei sogenannte "Warnschüsse ab, die den 17jährigen Hausbesetzer in der Hüftgegend schwer verletzten.

Durch massives und unverhältnismäßiges Vorgehen der Polizei und gleichzeitig kursierende Gerüchte über die Räumung besetzter Häuser (und die dadurch entstehende Unsicherheit der BewohnerInnen) liegt die Verantwortung für die Eskalation der beschriebenen Situation eindeutig bei der Polizei!

Für uns bedeutet der Gebrauch einer Schußwaffe, gezielt auf einen Menschen, eine versuchte Tötung!

Bei den darauf folgenden spontanen Protestaktionen entlud sich unsere Wut und unser Entsetzen über den kaltblütigen Einsatz von Mordwaffen.

An den Auseinandersetzungen beteiligten sich ca. 150 Jugendliche. Uns standen ca. 300 Polizisten aus den Regierungsbezirken Leipzig, Dresden, Chemnitz und Halle gegenüber. Sie setzten Tränengasgranaten, 2 Wasserwerfer, Nebelgranaten, scharfe Pistolen, Steine, Flaschen und Schlagstöcke gegen uns ein.

Wir reagierten auf diesen Terror der

Staatsgewalt mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln wie Steine, Brandflaschen, Barrikaden, Sprechchöre und Vermummungen. Die Polizei ging mit äußerster Brutalität und Härte gegen Beteiligte, Unbeteiligte und bereits in Gewahrsam genommene vor. Selbst Erste-Hilfe-Leistungen durch Unbeteiligte wurden äußerst brutal unterbunden. Der "Höhepunkt" des Polizeiterrors war die Erstürmung des städtischgeförderten Jugendzentrums "Zorro" in der Bornaischen Straße. Die Polizei drang in Kleingruppen in das Jugendzentrum ein und prügelte die Gäste aus dem Haus. Draußen wurden sie durch PolizistInnen zu einer Art "Spießbrutenlauf" (gezielte Knüppelschläge auf den Kopf) genötigt. Im Anschluß an die Räumung des JZ zerstörte die Polizei willkürlich einen Großteil der Einrichtung des Zorro.

Wir verurteilen diesen vom Staat befohlenen Terror! Wir verwahren uns auf das Heftigste gegen die Kriminalisierung unserer Protestaktion und fordern die Medien auf, realistisch über die Ereignisse zu berichten

Leipzig-Connewitz 28.11.92

(dem Vernehmen nach handelte es sich bei dem "zu klärenden Sachverhalt" um die versuchte Umverteilung einiger Pizzas aus einem Lieferauto durch einige von argem Hunger geplagte Zeitgenossen. Soviel zur Verhältnismäßigkeit der Mittel und dem vielgepriesenen Ermessenspielraum des deutschen Beamten. - d.Red.)

"Die Bewegung" Teil II

Ideologie und Weltbild

Nachdem im letzten Heft (telegraph 10/1992) die organisatorischen Strukturen und das Auftreten der "Bewegung" im Prenzlauer Berg und anderen Orten dargestellt wurden, soll im folgenden der ideologische Hintergrund erörtert werden.

Die grundlegende Aussage der Bewegung ist, daß alles Denken, Fühlen und Handeln auf ein großes Ziel gerichtet sein muß, damit der Mensch mit sich und seiner Umgebung klarkommt. Diese Einheit wird als "Kohärenz" beschrieben. Diese "Kohärenz" zu erreichen sei Sinn und Zweck der Arbeit der "Bewegung". Sobald dieser Zustand erreicht ist, verschwinde die Gewalt zwischen den Menschen und in der Gesellschaft. Der Weg zum Erreichen dieses Ziels führt über eine "Verbesserung der Kommunikation" und die Erkenntnis eines "inneren Ichs" mittels meditativer und anderer Techniken, die "es uns erlauben das Bewußtsein zu beruhigen und einen anderen inneren Ruf zu empfinden als den des mechanischen Bewußtseins mit seinen Ängsten, inneren Unruhen, Wahrnehmungen, Erinnerungen, Geräuschen ...". Bei den Übungen wird nach Aussagen von Aussteigern ein "Innerer Führer" suggeriert, der als Lichtkugel visualisiert wird. Dieser "Innere Führer" läuft letzten Endes auf Silo, den Oberguru der "Bewegung", hinaus.

Die Bewegung behauptet, den großen universellen, von den Wechselfällen des Lebens unabhängigen Sinn zu haben, der einen vor Krisen und Verzweigung schützt, die das Leben so mit sich bringt.

".. wenn es keinen Sinn gibt, der dazu beiträgt, daß alle in eine Richtung gehen, dann ist jeder Sinn unterschiedlich und es

entstehen Widersprüchlichkeiten in den Leuten."

Dieser eine alleinige Sinn soll die kleinen, "provisorischen Sinngebungen" des Lebens wie Freunde, Partnerschaft, Arbeit ersetzen. Der Grund dafür wird darin gesehen, das diese Ziele durch äußere Umstände wegbrechen können und so der Sinn im Leben verloren geht. Sobald aber ein übergeordneter Sinn da ist, kann man den Wechselfällen des Lebens mit größerer Gelassenheit entgegensehen. Da dies allerdings bereits von den vorhandenen Religionen als Lebenshilfe angeboten wird, werden diese als direkte Konkurrenz betrachtet. Der Zustand der Kirchen (großer Apparat, keine Übereinstimmung eines Teils der Gläubigen mit ihren Kirchenoberen, Sonntagschristen etc.) wird als Beweis gewertet, daß das auch nicht der richtige Weg sein könne.

Die Bewegung versteht sich als "... Organisation, die Zentren zur direkten Kommunikation ... unter den Menschen bildet. Und ... eine Organisation, die es jedem Einzelnen ermöglicht, mit sich selbst zu kommunizieren, und die ihm zeigt, wie er die Bombe, die jeder Mensch in seinem Inneren trägt, entschärfen kann." "Diese Organisation muß in der Lage sein, immer größere Bevölkerungsgruppen in einer Gemeinsamen Front gegen die Gewalt zu orientieren."

Man ist also der bewußte Vortrupp der Massen, man "orientiert", sagt, wo es langgeht, zeigt das Ziel. "Die Gewalt" ist der abstrakte Gegner, gegen den es ins Feld zu ziehen gilt.

Man weiß, wo es langgeht, hat eine endgültige Antwort parat.

"Die kommenden Epochen werden

durch Verwirrung und Durcheinander gekennzeichnet sein. Epochen mit vielen Schwierigkeiten, und die Leute brauchen eine Antwort, und wir müssen eine Antwort geben."

"... den Leuten eine Antwort geben, die nützen würde, daß sie ihr eigenes Leben ordnen, ihm mehr Kohärenz verleihen und mehr, auch wenn sie es sich nicht selbst überlegt haben, auch wenn sie nicht durch ihre eigenen Mittel dahin gekommen sind, auch wenn es Dogmen sind..."

Auf zum Glück, auch wenn man die Leute dazu zwingen muß !

Wesentliches Element der Ideologie der "Bewegung" ist außerdem der Grundsatz, daß der einzelne Mensch nicht Dinge direkt verändern kann, er kann nur versuchen, die einmal vorgegebene Richtung der Entwicklung zu beeinflussen, zu "orientieren".

"1. Wenn man sich der Entwicklung der Dinge entgegenstellt, geht man gegen sich selbst vor. ... 11. Es spielt keine Rolle, auf welche Seite dich die Ereignisse gestellt haben. Wichtig ist, daß du begreifst, daß du keine Seite gewählt hast." (DIE PRINZIPIEN aus dem Buch der Bewegung "Der innere Blick"). Es ist also alles schicksalsbestimmt, gegen etwas direkt zu kämpfen macht nur kaputt. Einzig indirekte Einwirkung, hinten herum, bietet Aussicht auf Erfolg. Und bei allem hat der große Meister die Idee, wo es langgeht.

Führender Mitarbeiter an der ideologischen Ausrichtung der "Bewegung" war ein nach dem Krieg aus Deutschland geflohener SS-Offizier, der unter den Namen van Dooren bzw. von Ehrenberg auftrat. Aus seiner Feder stammen mindestens zehn Bücher der "Bewegung", ein wesentlicher Teil der Rituale und Vorschriften für Mitglieder und die Strukturplanung der welt-

weiten Vernetzung der "Bewegung". Er war zuvor in der "Neuen Akropolis" tätig, einer Vereinigung mit eindeutig profaschistischem Ziel.

Die ideologische Ausrichtung der Bewegung ist also in sich totalitär (streng hierarchische Struktur, unterschwelliger Führerkult). Sie beinhaltet die alten Elemente rechter Weltbilder (Ohnmacht des Einzelnen, allein Streben nach einem vom Führer vorgegeben Ziel kann zur Erfüllung führen, nur die geführte Gemeinschaft ist stark und kann Hilfe und Geborgenheit bieten). Stark elitäre Elemente (die "Bewegung" beabsichtigt die Massen zu "orientieren") werden geschickt mit scheinbar linken und humanistischen Gedanken (Gewaltfreiheit, Verbesserung des Klimas unter den Menschen durch mehr "Kommunikation", Selbstfindung und -erfüllung) kombiniert. Die "Bewegung" steht geistig in der Tradition von rechten Theoretikern, deren Ideen so adaptiert und auf die heutige Zeit angepaßt wurden, daß es in entsprechender Verpackung (Kiezzentrum, Kiezzzeitung) auch relativ leicht möglich ist, Leute zu gewinnen, die sich selbst als eher links betrachten. Durch die strenge Informations- und Schulungshierarchie ist den Leuten vor Ort oft der volle Hintergrund gar nicht bekannt. Sie wissen nicht, wohin die Reise geht. Sie können daher ohne Gewissensprobleme neue Mitglieder werben. Erst nach und nach werden sie scheinbarweise, logisch begründet und psychologisch geschickt mit der Gesamtheit der siloistischen Ideen vertraut. Sie haben nach und nach starke Erlebnisse, die sie an die Gruppe binden, erfahren immer mehr, steigen auf in der Hierarchie. Dann aber klingt das alles so logisch, unanfechtbar und einleuchtend, daß ihnen nicht der Gedanke an Zweifel kommt. (siehe auch telegraph 10/92 S. 12)

.ltc.

Erfahrungen mit dem Mikrozensus

Mit dem Eintritt der DDR in die BRD kamen zwangsläufig neue Gesetze auf uns "Ossis" zu. Eines davon ist das Mikrozensusgesetz. Mikrozensus ist so eine Art Volkszählung im Kleinen. Die Statistiker versuchen dabei durch Befragung von 1 % der Bevölkerung aktuelle Daten zu bekommen, die dann hochgerechnet einen Überblick ermöglichen sollen über die Person(en), deren Erwerbstätigkeit und Beruf, Quellen des Lebensunterhaltes, Kranken- und Rentenversicherung, Aus- und Weiterbildung sowie Ort und Weg zur Arbeitsstätte. Dies geschieht zum einen bezogen auf Deutschland, zum anderen im EG-Maßstab.

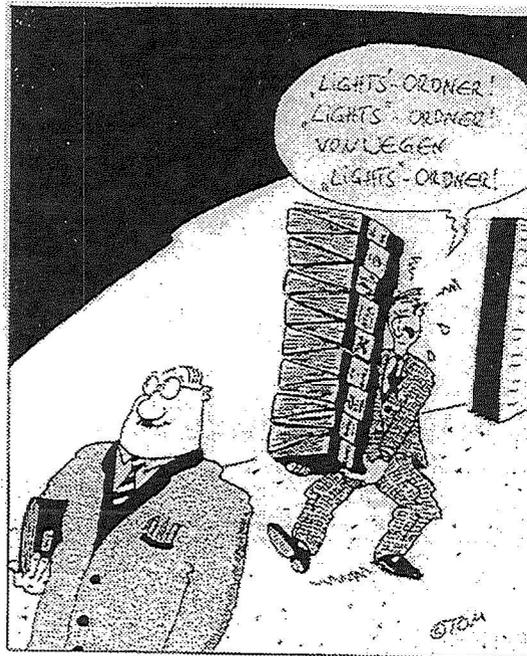
Zu diesem Vorgang gibt es natürlich gesetzliche Grundlagen. Dies wären neben dem Mikrozensusgesetz das Bundesstatistikgesetz, eine EWG-Verordnung zur Durchführung einer Stichprobenerhebung, eine Mikrozensusverordnung und auch das Bundesdatenschutzgesetz.

Das fatale an der ganzen Geschichte ist, daß der/die Bürger/in aus heiterem Himmel damit konfrontiert wird und sich dem nicht oder kaum entziehen kann, denn der Gesetzgeber hat für den Mikrozensus eine Auskunftspflicht angeordnet.

Das Verfahren beginnt noch relativ harmlos. Im Briefkasten taucht ein Informationsblatt des Statistischen Landesamtes auf, nebst einer Ankündigung, daß demnächst ein(e) Interviewer(in) erscheinen wird. In diesem Infoblatt heißt es zunächst noch: "Für diese Erhebung bitten wir Sie um Ihre Mitarbeit", doch schon im übernächsten Abschnitt wird auf

die Auskunftspflicht verwiesen und noch 2 Absätze später wird der/die Bürger/in belehrt, daß ein Widerspruch oder eine Anfechtungsklage keine aufschiebende Wirkung hat. Die Auswahl der zu befragenden Personen erfolge nach einem mathematisch-statistischen Zufallsverfahren und im übrigen sei natürlich der Datenschutz gewährleistet!

Zum angekündigten Termin müßte dann das Interview erfolgen und man erhält zum ersten Mal die Möglichkeit, die Fragebögen zu betrachten. Da wäre einmal ein 16-seitiges Formular mit 92 (!) Fragen für die deutsche Statistik und außerdem noch ein 8-seitiges Papier mit 27 weiteren Fragen für die EG-Statistik. Wobei letzteres nicht ausgefüllt werden muß; das Deckblatt enthält einen Vermerk, daß diese Angaben freiwillig sind (worauf allerdings sonst nirgends woanders



hingewiesen wird).

Spätestens jetzt muß sich jede/r entscheiden haben, ob und wie sie/er diesem staatlichen Auskunftsbegehren nachkommen möchte. In meinem Fall habe ich im vorigen Jahr die Auskünfte erstmal abgelehnt und um Hintergrundinformationen gebeten; was von der Interviewerin beauftragten Studentin nicht verstanden wurde und auch nicht erfüllt werden konnte, so daß ich mich schriftlich an das Statistische Landesamt wandte. Der Erfolg war enorm: Ich wurde ein Jahr lang in Ruhe gelassen. Dieses Jahr jedoch bekam ich wieder solch ein Infoblatt und eine erneute Ankündigung eines Befragungsinterviews. So ganz in dem Sinne: Sie kennen das Spiel ja schon, machen Sie doch bitte noch eine Runde mit. Mein Schreiben vom Vorjahr mit der Bitte um Aufforderung zu Hintergrundinfos blieb ohne Reaktion.

Während letztes Jahr zum angekündigten Termin o.g. Studentin erschien, wurde der für dieses Jahr im Juni angekündigte Termin von Seiten des Statistischen Landesamtes nicht wahrgenommen. Für mich ein letzter Hoffnungsschimmer, daß sich die Statistiker vielleicht doch noch an mein damaliges Schreiben erinnern konnten und mich von der Befragung ausnahmen. Aber weit gefehlt. Die trügerische Ruhe von 4 Monaten wurde eines Sonnabend morgens durch das Klingeln einer Postbotin gestört, dir mir mittels Postzustellungsurkunde einen Briefumschlag in die Hand drückte, in dem sich die aktuellen 92er Erhebungsunterlagen befanden, sowie ein sogenannter Aufforderungsbescheid, in dem mir folgendes mitgeteilt wurde: 1. Bisher wären leider keine Unterlagen von mir eingegangen. 2. Ich sei hiermit aufgefordert, die beiliegenden Unterlagen innerhalb von 14 Tagen vollständig und wahrheitsgemäß ausgefüllt zurückzuschicken, denn sonst würde 3. ein Zwangsgeld von 300,— DM verhängt, was hiermit

angedroht sei. Außerdem hätte 4. ein Widerspruch - auch gegen die Androhung des Zwangsgeldes - keine aufschiebende Wirkung.

Meine daraufhin einsetzende Suche nach "Leidensgefährten" brachte mir wenig: zum einen, eine etwas auffällige Häufung gleichfalls Betroffener in Kreisen des Bündnis 90/Neues Forum; zum anderen eine rechtsanwaltliche Auskunft, daß ein Angehen gegen dieses staatliche Vorhaben ziemlich zwecklos sei. Wenn ich mich dazu aufraffen würde, müßte ich mit einem recht aufwendigen und langem sowie teuren Verfahren rechnen. Meine kleine Hoffnung, daß die im Mikrozensusgesetz festgehaltene Aufhebung der Bußgeldvorschriften des Bundesstatistikgesetzes eine letzte Hintertür sei, wurde mit dem Verweis auf die Möglichkeit der Zwangsmaßnahmen im Verwaltungsrecht, deren erste durch die Androhung des Zwangsgeldes ja schon vorgestellt wurde, zunichte gemacht.

So blieb mir nichts weiter, als auf die mir auffallenden Fehler im bisherigen Verfahren mittels Widerspruch hinzuweisen (z.B. die Nicht-Wahrnehmung des Interviewtermins durch das Stat. Landesamt, die Nicht-Beantwortung meines Schreibens vom vorigen Jahr, Zweifel am mathematisch-statistischen Auswahlverfahren, Widerspruch zwischen der Aufforderung zum vollständigen Ausfüllen und der Freiwilligkeit verschiedener Angaben und das Berufen auf einen längst aufgehobenen Paragraphen des Verwaltungsrechts) und die minimalste Form des Ausfüllens der Fragebögen zu erkunden.

Auf die Antwort zum Widerspruch warte ich noch. Daß diese auch mit Kosten für mich verbunden sein kann, wurde mir vom Rechtsanwalt bereits angedeutet.

Willkommen im Rechtsstaat mit seiner bürgerfreundlichen Verwaltung!

Arno P.

Die restlose Erfassung

Kaum einer von uns ist nicht schon in seinem Leben mit dem Umstand konfrontiert worden, daß er aus rein wissenschaftlich-statistischen Gründen diese oder jene Angaben über seine Lebensumstände machen mußte, selbstverständlich, wie immer zugesichert wird, streng anonym. Westdeutsche wissen von Widerstand gegen ihre letzte Volkszählung zu berichten, in der DDR wurde dieser Widerstand diffus und ohne große Artikulation geführt. Aber in beiden deutschen Staaten führten die Sabotage der Volkszählung zu einem großartigen Datenmüll, wie man hinter vorgehaltener Hand hört. Glücklicherweise ist sich eine starke Minderheit der Bevölkerung darüber bewußt, daß Machthaber solche Daten nie zum Guten verwandt haben.

Götz Aly und Karl-Heinz Roth berichteten in ihrem 1984 im Rothbuch-Verlag erschienen Buch "Die restlose Erfassung" über "Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus". Ein kurzer Ausschnitt soll unsere Leser zur Lektüre anregen.

Volkszählungen waren in den deutschen Ländern beginnend mit den nachnapoleonischen Verwaltungsreformen eingeführt worden. Dabei

bemühte sich das Statistische Reichsamt ab dem 1. Weltkrieg, immer mehr Daten zu erfassen. Bei der Volkszählung von 1925 und 1926 waren bereits geistig und körperlich Behinderte detailliert aufgeführt worden. Die Hitlerregierung ordnete 1933 als eine ihrer ersten Taten eine neue Volkszählung an. Dabei wurden auch erstmals Juden und andere mißliebige nationale Minderheiten erfaßt.

Das Statistische Reichsamt begrüßte,



Deutsche Hollerith Maschinen
Gesellschaft m. b. H. Berlin

Werbeplatat der deutschen IBM-Tochter Holerith

“daß die Regierung der nationalen Erhebung im Wege der durch das Ermächtigungsgesetz ermöglichten vereinfachten Form der Gesetzgebung die bisherigen Hemmungen und Widerstände der einzelnen Länder überwunden” habe. Hitler verschaffte der Statistik “starke Arbeitsmöglichkeiten”, Hans Frank, der spätere Generalgouverneur im besetzten Polen, förderte sie “warmherzig”. Heinrich Himmler hat diese Wissenschaft, wie das seit 1934 erscheinende Statistische Jahrbuch zeigt, geradezu fetischisiert. Die Statistiker fühlten ihre Stunde gekommen und dienten sich dem Regime als “wissenschaftliche Soldaten des Nationalsozialismus” an. Im Ergebnis einer immer vollständigeren Erfassung der Bevölkerung sollten für die Reichsführung die Bürger in ihrer unterschiedlichen ökonomischen Nutzfunktion sichtbar werden und demgemäß eine zielgerichtete Politik zur Erhöhung des ökonomischen Nutzens, bzw. Ausschaltung unnützer Menschen möglich werden. Deshalb ging es von Anfang an neben Arbeitsbeschaffungs- und Industrieförderungsprogrammen, Geburtenförderung, medizinischer Versorgung, Rohstoff- und Nahrungsmittelverteilung auch um die Erfassung und Ausmerzung von Bevölkerungsgruppen, die der von den Nazis dekretierten “Volksgemeinschaft” schadeten, “Erbkranke”, Behinderte und “Volksfremde”.

Die technischen Voraussetzungen für eine solche immer totalere Erfassung der Bevölkerung waren durch eine Firma geschaffen worden, die auch heute nicht ganz unbekannt ist. Ende des 19. Jahrhunderts hatte der deutschstämmige Hermann Holerith für die Volkszählungen in den USA ein Lochkartensystem entwickelt, das erstmals bei der US-Volkszählung von 1890 eingesetzt wurde und erstaunlich präzise und schnelle Ergeb-

nisse brachte. Die Firma CTR, die diese Lochkarten und die dazugehörigen Tabellier- und Registriermaschinen fertigte, wurde 1924 in International Business Machines (IBM) umbenannt. Die 1910 gegründete deutsche Tochter von IBM war die Deutsche Holerith Maschinen Gesellschaft (Demohag). Wie die IBM arbeitete die Demohag gut mit staatlichen Stellen zusammen und konnte nach erfolgreichem Einsatz mit verbesserten Lochkarten und Maschinen bei der ersten Nazi-Volkszählung 1933 neben dem Statistischen Reichsamt und der Reichswehr schließlich auch das Rassenamt der SS als Kunden gewinnen.

Die Volkszählung von 1939 wurde mit einem Riesenaufwand von Propaganda und Personal betrieben. Sie diente einerseits der Kriegsvorbereitung und andererseits der systematischen Vernichtung der Juden und anderer Minderheiten. Letztere Aufgabe erfüllte eine Ergänzungskarte, die im verschlossenen Umschlag abzugeben war. Um die potentiellen Opfer in Gutgläubigkeit zu wiegen, war amtliche Verschwiegenheit beteuert worden. Andererseits waren falsche Angaben oder Verweigerung mit schweren Strafen bedroht.

Parallel dazu waren andere Erfassungsmöglichkeiten geschaffen worden. Die Reichsmeldeordnung vom 6.1.1938 gewöhnte die Deutschen - über den 8. Mai 1945 hinaus - an die polizeilichen Kontrollabläufe des An- und Abmeldeverfahrens, das bis dahin nur in einzelnen Ländern und Orten gebräuchlich war. Eine einheitliche Gestaltung der Meldevorschriften war aber schon in der Weimarer Republik 1928 von den Länderinnenministern beraten und vorbereitet worden. 1935 war bereits für erste Berufe die Arbeitsbuchpflicht eingeführt worden und wurde dann schnell auf immer weite-

re Berufe ausgedehnt. Dieses auf die Industriearbeiter und die Angestellten gerichtete Erfassungssystem wurde durch die Volkskartei 1939 auf die gesamte Bevölkerung ausgedehnt. In den Ländern, die von den Nazis nicht einfach, wie die Sowjetunion, ausgeplündert und zerstört werden sollten, folgten die Erfassungsexperten unmittelbar der Wehrmacht und errichteten riesige Ämter. Heydrich, der Chef des Sicherheitsdienstes und der Kriminalpolizei über die Zielstellung:

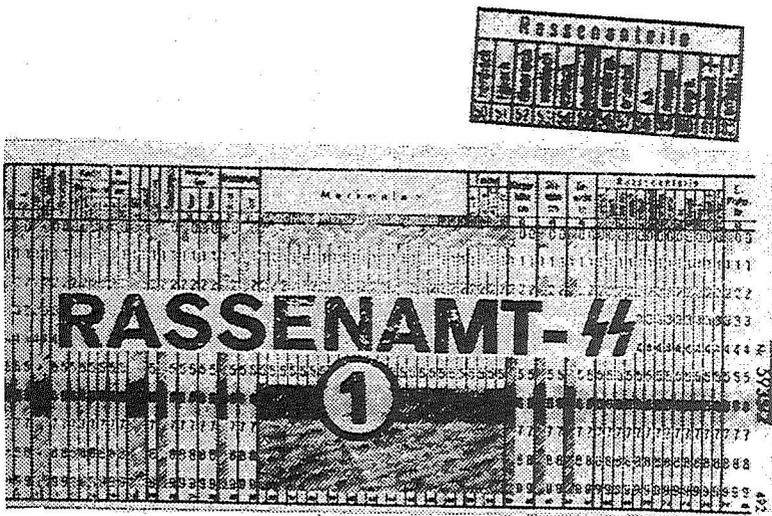
“Dazu gehört die Herausdividierung und die Evakuierung der Schlechtrassigen und des weiteren das planvolle und auf allen Lebensgebieten psychologisch gutgeführte Eindeutschen des übrigbleibenden gutrassigen Restes. ... Voraussetzung für die Beurteilung der Bevölkerung ist eine völkische Bestandsaufnahme, die einmalig allé Menschen des Protektorats erfaßt und nach bestimmten Gesichtspunkten aussondert.”

1938 wurde eine Kennkarte als “allgemeiner polizeilicher Inlandsausweis”

eingeführt. Den gesetzlichen Zwang, sich im Inland auszuweisen, gibt es in Deutschland seit dem 10. September 1939. Diese Maßnahme war unter Hinweis auf den Krieg möglich geworden, stieß aber zunächst immer noch auf Widerstand der Bevölkerung. Ein Recht des Staates, seine Bürger jederzeit zu identifizieren, war bis dahin weder bekannt noch akzeptiert. Ausweiszwang für alle Teile der Bevölkerung wurde in den annektierten Ländern durchgesetzt.

Wie man sieht, sind wichtige Instrumentarien, deren sich heutige Behörden bedienen und die uns mittlerweile selbstverständlich erscheinen, von den Nazis im Bündnis mit Wissenschaftlern und Industriellen zum Aussondern und Vernichten von Menschen ausgesonnen worden. Gegen die Erfassungsmöglichkeiten moderner Computerdateien, nur mühsam behindert durch Datenschutzgesetze, sind allerdings die Anstrengungen des 3. Reiches lächerliche erste Gehversuche.

W. Rüdtenklau



IBM-Lochkarte des SS-Rassenamtes

Jungdemokraten wollen nichts bereuen

Der Vorstand der Jungdemokraten/Junge Linke Berlin bringt im Mitteilungsblatt "Neues aus der Praxis Bülowbogen" den Versuch einer Erklärung des Verhältnisses der Organisation zum Staat DDR. Das Ganze steht unter dem Motto "Wir haben Entspannungspolitik gemacht - wir bereuen nichts". Die Jungdemokraten halten es weiterhin für richtig, daß sie zusammen mit Kommunisten für Bürgerrechte in der Bundesrepublik demonstriert haben, andererseits aber auch einem Jürgen Fuchs einen Rednerplatz bei der Demonstration in Bonn 1982 beschafft haben. Sie sind immer noch davon überzeugt, daß die Beziehungen zu den Staatsjugendverbänden des Ostblocks und die damit möglichen Ferienaufenthalte von westdeutschen Jugendlichen in Warschauer-Pakt-Ländern einerseits Entspannung gefördert haben, andererseits für ein besseres Durchschauen der gesellschaftlichen Realität des Ostblocks gesorgt haben. Dies sei aber nur durch Verzicht auf spektakuläre Aktionen möglich gewesen.

In einem votum separatum meint Thomas Hetzer, der über Jahre für die DDR-Kontakte der Jungdemokraten verantwortlich war, daß Kritik des real existierenden Sozialismus und Zusammenarbeit mit den offiziellen Stellen nicht so nahtlos zusammengehörten, wie dies in dem Vorstandsstatement dargestellt wird. Zeitweise sei beispielsweise diskutiert worden, ob man Solidarnosc als konterrevolutionäre Organisation ablehne, man habe die Beziehungen zur rumänischen Staatsjugend nach der Niederschlagung des Aufstandes von Brasov nicht eingefroren, ein Bundesvorsitzender wollte den Sowjets empfehlen, "in Afghanistan richtig aufzuräumen", Einreiseverbote seien erst nach langer Diskussion öffentlich gemacht worden. Kritik und Verständigung seien von unterschiedlichen Personen unterschiedlich stark angestrebt worden und Anlaß zur Reue sei durchaus vorhanden.

Richtig bleibt es dennoch, daß die Jungdemokraten eine Anerkennung der Marktwirtschaft als gesellschaftlicher Alternative, die ihnen samt Reuebekenntnis für früheres Verhalten gegenüber den Ostblockregierungen von Bündnis 90 und Grünen abverlangt wird, nicht leisten wollen. Sie bestehen darauf, daß Kapitalismus auch für die Sanierung Ostdeutschlands kein brauchbares Konzept ist und keine adäquate Lehre aus der Geschichte sein kann.

Es muß an dieser Stelle einmal benannt werden, daß die Führer von Bündnis 90 zum wenigsten aus "DDR-Bürgerrechtlern", sondern zumeist aus Nachwendekarrieristen bestehen und daß auch diejenigen, die Bürgerrechtler gewesen sind, durchaus nicht das Recht haben, sich auf das hohe Roß zu setzen, das Monopol für Lehren aus der Geschichte zu erheben und auf Aufarbeitung ihrer Geschichte zu verzichten. Bücher, in denen nichts anderes als projektive Schuldzuweisungen, Geschichtsfälschungen und die Selbstbeschreibung als armes Opfer zu finden sind, wie Vera Wollenberger jüngstes Elaborat, dienen einer solchen Aufarbeitung nicht. Wir müssen hier auch einmal als Redaktion bekennen, daß es uns mittlerweile äußerst peinlich ist, daß wir dem bis dahin unbelichteten Konrad Weiß im Mai 1989 mit dem Abdruck eines Aufsatzes zur faschistischen Gefahr in den damaligen "Umweltblättern" eine Plattform gegeben haben, von der er seine Nachwendekarriere gestartet hat und die es ihm jetzt ermöglicht, seine Schleimspur auf den Kanzler zuzulegen.

Ein Reuebekenntnis gegenüber solchen fragwürdigen Gestalten ist in der Tat nur schwer denkbar. Das kann aber nicht heißen, unter Verweis auf die Aufarbeitungsnotwendigkeit für die anderen und die verdrängte Geschichte des Nationalsozialismus auf die Reflexion der eigenen Vergangenheit zu verzichten.

W. Rüdtenklau

“Menschlich viel Fieses”

“Konkret”-Autor Gerhard Henschel identifiziert sich zur Abwechslung mal nicht mit den früheren Herrschenden im Ostblock, sondern verhöhnt die ehemaligen Oppositionellen.

Mit Recht?

Es war einmal, da hat die Stasi Bärbel Bohley sogar beim Herausragen des Mülleimers beobachtet. Später beobachteten Medien Bärbel Bohley beim Lesen ihrer Stasiakten, also auch bei der verwunderlichen Erkenntnis, daß die Stasi sie sogar beim Herausragen des Mülleimers beobachtete. Und dann kam ein zwanghaft kindlicher Feuilletonist und betrachtete Bärbel Bohleys Feststellung, daß die Stasi sie sogar beim Herausragen des Mülleimers beobachtete. Und dieser Feuilletonist, Gerhard Henschel, fand das lächerlich, und hat damit recht.

Allerdings hat er dann auch gleich

ein Buch zusammengetragen, in dem fast alles, was die Medien ex-oppositionelle DDR-Bürger sagen ließen, sich wiederfinden läßt. Zwischendurch ein kurzer Ausflug ins Zitieren bundesdeutscher Politikerbetroffenheit ob der ständigen Glaubwürdigkeitskrisen; dann wieder auf Schorlemmers pastorale Visionen, die fraglos lächerlich sind und von protestantischer Einfalt geprägt (zudem und nebenbei bemerkt wie ein Abklatsch der schillerndsten Auswüchse Fourierscher Sozialutopien erscheinen).

Mir persönlich geht solches Geseier auch auf die Nerven. Ich fand all die von



G.H. verwandten Zitate, als ich sie das erste mal las, auch lächerlich, peinlich und so weiter. Ich gehöre ja auch zu den Sympathisanten der Aktion "Eier für Weizsäcker". Allerdings würde ich kaum auf die Idee kommen, daraus ein Büchlein zu machen, geschweige denn auf dessen 4. Umschlagseite behaupten zu lassen, dafür zu plädieren, "den politischen Diskurs nicht vollkommen zu verheulsusen."

Wenn ich Karl Kraus' Bonmot, Feuilletonist zu sein bedeute, auf einer Glatze Locken zu drehen, nie verstanden hätte - nach G.H.'s Buch hätte ich's. Es ist die seltsam verbreitete Fähigkeit, sich darüber mokieren zu können, daß Pastoren pastorales schwatzen, daß Betroffene sich betroffen äußern, daß die, die unter einem lächerlichen Überwachungssystem lebten und durchaus auch litten, nicht lachten, sondern eben litten.

Nun ja, G.H. wollte eben nur mal so "aus prinzipiellen Erwägungen heraus einfach wieder einmal dazwischenquatschen (...), wenn sich Erwachsene unterhalten." Er ist ja nicht beim Herausragen des Mülleimers beobachtet worden, sondern konnte seine 30 Jahre kindlichen Lebens nett und in mir sehr unklarem "Gegensatz zu asiatischen Asylanten (...) entschieden lieber von gänzlich an mir und meinem Kulturschaffen uninteressierten Herren wie Edzard Reuter, Helmut Kohl und Helmut Schlesinger regiert" verbringen.

Ich hingegen, der weder das eine wollte, noch das andere will, ich kann zumindest verstehen, warum Bärbel Bohley, Vera Wollenberger und andere das sagten, was nur dadurch peinlich,

lächerlich und "heulsusig" wurde, daß es vermarktet wurde. Ich kann sogar verstehen, was J. Fuchs zu dem grauenhaften Satz vom "Auschwitz der Seelen" brachte, und doch der Meinung sein, daß Fuchs dafür eins in die Schnauze gehört.

Und ich kann mir Gedanken darüber machen, warum gerade solche Bemerkungen und Artikel in den Medien groß herausgestellt wurden. Ich kann auch darüber nachdenken, warum G.H. sich diese Dinge herauspickt. Warum ist denn nun die Debatte über Stasi, über Anpassung, Verweigerung und Widerstand nicht geführt worden? Warum denn wurden statt dessen die Tränen einiger Betroffener (warum übrigens auch immer derselben?) ausgedrückt? Tränen übrigens, die ich den Leuten glaube, das sind keine Kunsttränen. Das sind allerdings auch keine Beiträge zur Aufarbeitung, gar Bewältigung von Geschichte und ihrer Gegenwart. Wie gesagt: Ich kann mir so Gedanken machen, könnte vielleicht statt dessen auch auf Glatzen Locken drehen, habe daran aber nicht den Spaß, den G.H. daran zu haben scheint.

Da er endet mit: "Mir macht das Spaß; ich kann nicht anders.", und begann mit der Mitteilung, von der Materie keine Ahnung zu haben, da muß man sich nicht wundern, daß zwischendurch nichts als der Beweis beider Sätze angetreten wird.

PS.: Ist Gerhard Henschel denn sicher, daß nicht auch er beim Herausragen des Mülleimers beobachtet wird?

Lothar Feix

Dokumentation

Gegen Legendenbildung

Ein Brief von Petra Kelly an Mitglieder der ostdeutschen Grünen- und Bürgerbewegung. Es geht um ihren letzten Versuch, im heutigen deutschen Bundestag eine politische Rolle zu spielen, nachdem sie zuvor von den Grünen/West abgelehnt worden war. Das Bündnis 90/Grüne-Ost diskutierte zu dieser Zeit seine Kandidatenlisten.

Bonn, den 12.10.1990

Ihr Lieben!

Ich drücke die Daumen für die weiteren Beratungen bei Euch! Ihr wißt ja, wie ich mich Euch allen nah fühle und wie ich hoffe, daß die BRD-Grünen ein Stück von Euch lernen und fähig werden, Euch besser zuzuhören!

Vielleicht schaffen wir es doch, liebevoller in den Grünen Reihen miteinander umzugehen!

Ich würde so gerne g a n z f e s t in Euren Reihen mitkämpfen - auch wenn es ein nicht sicherer Platz auf einer Landesliste wäre!!! Ihr hattet mich ja kürzlich deswegen angesprochen und dies ging mir denn auch nicht mehr aus dem Kopf!

Die 8 Jahre, in denen ich mit so vielen mutigen Menschen in der DDR-Friedens-, Ökologie- und Menschenrechtsbewegung zusammentreffen durfte (dafür auch oft genug von den Grünen in der BRD kritisiert wurde - Ihr wißt ja, wer das war) waren sehr wertvoll und haben mich nun innerlich bestärkt, bei Euch und mit Euch, wenn es irgendwie geht, den kommenden "Bundestagswahlkampf" zu bestreiten!

Ich würde so gerne bei Euch und mit Euch einen intensiven und lebhaften und provozierenden Wahlkampf machen zu Themen wie Abrüstung und Blockauflösung, Kinderkrebs und weiche Gesundheitspolitik, Ökologie und Anti-AKW-Problematik, Menschen- und Bürger- und Frauenrechte, soziale Fragen, alte Menschen. Ich habe viele Ideen für eine phantasievolle Aufklärung und freue mich jetzt schon darauf.

Da ich im Ausland oft über die Entwicklungen seit 1982 in BRD und DDR berichtet habe und seit 20 Jahren ein weltweites grünes Kontaktnetz aufgebaut habe, könnte ich den DDR-Grünen und Bürgerrechtsgruppen helfen, viele Türen zu öffnen, viele Kontakte zu knüpfen, damit wir über unseren Tellerrand hinausschauen lernen!!!

Alles Liebe und Danke! Eure Petra

Das Bemühen um eine Kandidatur Petra Kellys auf den Landeslisten des Bündnis 90/Grüne anlässlich der 1. Gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 wurde von einer Mehrheit in diesem Bündnis abgelehnt.

Rüdiger Rosenthal



**Cotidiano
MUJER**

Seit 7 Jahren berichtet die Frauenzeitung COTIDIANO MUJER, frech und provokativ über feministische Theorie, Frauenleben in Uruguay und Lateinamerika. Sie erscheint alle zwei Monate in spanischer Sprache:

Jahresabo DM 60,-

Kostenlose Leseprobe anfordern bei:
COTIDIANO MUJER c/o Kappler
Fischerstraße 94, W-4100 Duisburg

“Der Feind steht links”

Während in Deutschland Ost und West die Häuser brennen, Menschen von Neofaschisten ermordet werden und der Generalbundesanwalt zigital abwägt, ob es ihm juristisch überhaupt zusteht, die Ermittlungen zu übernehmen, wird gegen linke Projekte und engagierte Antifaschisten der Zauberstab des §129a (Mitgliedschaft in/Unterstützung von einer terroristischen Vereinigung) aus der Tasche geholt. Fast überflüssig ist zu erwähnen, daß kaum 1% der Ermittlungsverfahren nach §129a “gerichtsverwertbar” sind und es zu dementsprechend wenigen Anklagen kommt. Es geht um die Gesinnung.

Am 25.11., vier Tage nach dem Mord an Silvio Meier und zwei Tage nach Mölln, hatten BKA und Staatsschutz nichts besseres zu tun, als eine Geschichte von vor 5 Jahren aufzuwärmen. Vor über einem halben Jahrzehnt, am 1. September 1987, war dem Westberliner Asylrichter Korbmacher, der durch eine knallharte Ausführung rassistisch-staatlicher Flüchtlingspolitik bekannt wurde, sozusagen als Bestrafung, in die Beine geschossen worden. Zu dem Anschlag hatten sich damals “Revolutionäre Zellen” bekannt.

Fünf Jahre später wird mit abenteuerlichen Konstruktionen und angeblichen Stasiakten (der neue Zauberstab!) ein Fotojournalist der Mittäterschaft bezichtigt. Die Tatsache Motorradfahrer und ehemaliger Hausbesetzer zu sein sowie einmal “Widerstand gegen die Staatsgewalt” (bei der Ausübung seiner Arbeit) geleistet zu haben (das Ganze garniert mit dubiosen Phantomzeichnungen und angeblicher Notizen in dubiosen Stasi-Akten) reicht aus, um Terrorist zu werden. So schnell

geht das in diesem Land!

Deshalb wurden auch fünf Wohn- und Büroräume durchsucht. Im “gefährlichen Kreuzberg” stürmte ein SEK-Trupp eine Wohnung, belästigte und bedrohte die Bewohner und nahm gleich Arbeitsunterlagen, Disketten und journalistisches Recherchematerial mit. Besitzer der Unterlagen war aber nicht der Gesuchte, sondern die dortigen Anwesenden. In den Räumen des Berliner Büros der bekannten Hilfsorganisation ‘medico international’(deren Honorarmitarbeiter der Gesuchte ist) wurde ebenfalls Material beschlagnahmt - und die angrenzenden Büroräume anderer Gruppen schienen ebenfalls interessant, die Computerdateien sind jetzt mindestens zweifach gesichert.

Auch in Ost-Berlin wollen die Staatsschützer langsam heimisch werden. In dem Hinterhaus Schliemannstr. 23, zwischen der Umweltbibliothek, dem Basisdruck Verlag und der telegraph-Redaktion, war es auf einmal reichlich grün, denn immerhin hat der vermeintliche “Terrorist” auch hier einen Büroraum angemietet. Aber da die ehemalige DDR-Opposition ja keine potentiellen Terroristen sein können, ging dort alles verhältnismäßig ruhig ab. Ob sich die ganze Durchsuchungsaktion in ein paar Wochen in Luft aufgelöst hat, wird dann sowieso niemanden mehr interessieren. Und es wird wohl ebenfalls nicht das letzte Mal gewesen sein, daß linke Projekte belästigt werden. Für die bundesdeutsche Polizei, Justiz und Geheimdienste wird der Feind immer links stehen, vor allem dann, wenn gerade Häuser und Menschen brennen.

m.

Entmilitarisierung

Erfolgreicher Prozeß

Der Prozeß gegen Franziska Castro und Torsten Wienholz wegen einer angeblichen Gefangenenbefreiung bei der Blockade der Einziehung der Wehrpflichtigen im Oktober letzten Jahres in Berlin fand, wie im letzten "telegraph" angekündigt, am 3. Dezember statt. Weil die polizeilichen Zeugen sich wider allem Erwar-ten nur schlampig miteinander abgespro-chen hatten, widersprachen sie sich in wichtigen Punkten. Weder eine Beleidigung noch die Gefangenenbefreiung waren ausreichend zu verifizieren, zumal nicht einmal zu klären war, ob der Abge-führte zu diesem Zeitpunkt als Gefange-

ner betrachtet werden konnte. Sichtlich gegen die eigenen politischen Sympathi-en entsprach der Richter den Anträgen der Verteidigung und des Staatsanwaltes und sprach Franziska und Torsten frei. Vermutlich gibt es noch einen orginellen Nachschlag, ein Verfahren gegen einen der Polizisten wegen Falschaussage. Ein schöner Erfolg. W. Rüdden-klau

Strafprozesse gegen Polizeiopfer

Am 1. April 1992 wurde ein Soldaten transportierender Zug am Bahnhof Alex-anderplatz durch die "Kampagne gegen



Die Gleisräumung am Alex.
Bildmitte ganz oben der Beamte der S.Jindra ins Auge griff.

Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“ blockiert. Mit diesem Akt zivilen Ungehorsams wurde der reibungslose Ablauf der Einberufung behindert. Während die Polizei die BlockiererInnen von den Bahngleisen räumte, kam es zu verschiedenen Übergriffen durch Beamte. Der extremste und in den Medien am meisten beachtete: Der Student Steffen Jindra wurde von einem Polizeibeamten bewußt in die Augen gestochen und getreten. Die SfB-Abendschau handelte sich massive Medienselbstein, als sie die Aufnahmen des Polizeiübergriffs auf den Bildschirm brachte (siehe auch telegraph 5/92).

Steffen stellte Strafanzeige gegen die Polizei. Gerüchte besagen, der verantwortliche Polizeibeamte wäre versetzt worden. Allerdings ging die Polizei in die Gegenoffensive: Anzeige wegen Widerstand. Völlig absurd, da Steffen durch seine Verletzung dazu gar nicht in der

Lage war. Genügend Film- und Fotomaterial belegen dies.

Am 8.12.92 fand der Prozeß gegen S. Jindra statt. Die Verhandlung wurde zur weiteren Beweisaufnahme vertagt, da das Gericht sich erst das umfangreiche Foto- und Videomaterial ansehen und anderweitig informieren möchte, bevor es zur Urteilsfindung kommt.

Zu vermuten ist, daß die Polizei mit fingierten Tatvorwürfen den wachsenden Protest gegen die Wehrpflicht im Keim ersticken will. Gewaltfreier Widerstand soll zudem kriminalisiert werden.

Bereits zur vorangegangenen Rekrutenzugblockade gab es ähnliche Strafverfahren:

Das Verfahren gegen Bert Knieper wurde eingestellt, unter der Bedingung, daß er seine Anzeige gegen die Polizei zurückzieht.

gh

Kriegsdienst, Knast & Widerstand

Nachdem wir in den vorangegangenen Nummern über die Verfolgung von Totalverweigerern in diesem deutschen Land berichteten, diesmal hauptsächlich ein Blick über die Grenzen.

Der 1. Dezember wird alljährlich als “Tag der Gefangenen für den Frieden” von der “war resisters international” begangen. Dafür wird eine Ehrenliste der Gefangenen erstellt. Wir zitieren daraus. Schreibt den Gefangenen wenigstens ein Kärtchen!

“Würde die WRI das Konzept der Gefangenen für den Frieden auf all jene ausdehnen, die wegen ihrer Arbeit für Frieden und Gerechtigkeit im Gefängnis

sitzen, bekäme die Liste schnell den Umfang eines Telefonbuches. Auf der anderen Seite sehen wir die Notwendigkeit der Solidarität mit gewaltfreien AktivistInnen in sozialen Bewegungen. Daher haben wir uns in diesem Jahr entschieden, den Themenschwerpunkt auf ein Land zu konzentrieren.”

Howard Clark

Ost-Timor

Seit 1975 führen indonesische Truppen eine brutale Kampagne des Völkermordes in der ehemals portugiesischen Kolonie, bei der mehr als 200.000 Menschen, ein Drittel der Bevölkerung, star-

ben.

Auch der UN-Entkolonisierungsausschuß fordert seit November 1981 die Unabhängigkeit Ost-Timors.

Anfangs ging der Widerstand hauptsächlich von der Falintil-Guerilla aus. In letzter Zeit ist jedoch eine neue Generation angetreten: Frauen und Männer, die in einem Klima der Zerstörung ihres Volkes aufwuchsen. Ihnen war verboten, ihre eigene Sprache zu sprechen, die Staatssprache der Besatzer ist Doktrin. Sie riskierten Verhaftungen, wenn sie ausländische Zeitungen lasen oder Kirchengruppen angehörten.

Diese jungen Menschen waren entschlossen, der indonesischen Besatzung gewaltfrei zu widerstehen: Transparente auf öffentlichen Veranstaltungen, Anrufe bei den indonesischen Behörden: "Wann geht ihr endlich nach Hause?", Informationen an amnesty international ... Für diese Aktionen drohen Gefängnis, Folter oder sogar der Tod. Die Besatzer starteten Hausdurchsuchungen in Kirchen.

Am 12. November 91 umstellten Hunderte von indonesischen Soldaten eine friedliche Versammlung auf dem Santa-Cruz-Friedhof in Dili, der Hauptstadt Ost-Timors. Die Menschen hatten sich getroffen, um eines Mannes zu gedenken, der 2 Wochen zuvor ermordet worden war. Die Soldaten schossen mit Maschinengewehren wahllos in die Menge. 273 Menschen wurden dabei ermordet, noch viel mehr verletzt und eine nicht bekannte Anzahl ist seitdem verschwunden. Während des nächsten Monats wurden immer wieder ZeugInnen des Massakers verhaftet und hingerichtet.

Anklagepunkte waren dabei "Ver-

schwörung" oder "Ausdruck von Feindseligkeiten gegen die indonesische Regierung". Auch OrganisatorInnen einer Informationsveranstaltung über das Santa-Cruz-Massaker wurden verhaftet und angeklagt. 15 dieser jungen AktivistInnen befinden sich derzeit in Haft.

* Gregorio de Cunha Saldanha (lebenslänglich)

* Francisco Miranda Branco (15 Jahre Haft) erklärte bei seinem Prozeß: "Ich vertraue auf die Prinzipien der Gewaltfreiheit und des Friedens ... Ich unterstütze keine Partei." Er hatte an der Demonstration vom 12.11.91 nicht teilgenommen, wurde angeklagt, Transparente dafür mitzubereiten zu haben.

* Carlos dos Santos Lemos (8 Jahre, weil er während der Versammlung in Santa Cruz fotografierte)

* Filomeno da Silva Ferreira (5 Jahre und 8 Monate für die Übersetzung portugiesischer Zeitungsartikel über Ost-Timor)

* Felismina dos Santos Conceicao (5 Jahre)

* Alfonso Rangel (5 Jahre)

* Amarao de Araujo (3 Jahre), sie wurden angeklagt, "geheime" Militärpapiere ins Ausland verschickt zu haben, dabei handelte es sich um einen Bericht über ein Interview des Gouverneurs von Ost-Timor für das portugiesische Radio.

Wegen "Ausdruck von Feindseligkeit gegen die Regierung":

* Bonifacio Magno (6 Jahre)

* Jacinto das Neves Raimundo Alves (10 Jahre)

* Juvenico de Jesus Martins (6 Jahre, 10 Monate)

* Saturnino da Costa Belo (9 Jahre) sie alle befinden sich im Gefängnis:

Rutan Polwil Dili, Dili, East-Timor
In Jakarta im Gefängnis sind:

* Fernando de Araujo (9 Jahre wegen
versuchter Kontaktaufnahme zu amnesty
international)

* Joao Freitas da Camara (10 Jahre
wegen friedlichem Protest in Jakarta
gegen die Morde in Dili)

beide: Lembaga Pemasyarakatan
Cipinang, Jakarta, Indonesia

* Virgilio da Silva Guterres (2 Jahre,
6 Monate wegen "Ausdruck von Feindseligkeit":
Rumah Tahanan Negeri Salemba, Jakarta, Indonesia)

Israel

*Mordechai Vanunu
Ashkelon Prison, POB 17
Ashkelon

(1986 in Italien entführt, '88 zu 18
Jahren verurteilt, weil er Israels Nuklear-
programm veröffentlichte, in Einzelhaft)

_ Inhaftierte Totalverweigerer _

Finnland

*Matti Pyyvaara
Pirkkalan työsiirtola
PL 20, 33961 Pirkkala
(seit August, 197 Tage)

*Ismo Muurinen
Helsingin työsiirtola
PL 36, 01531 Vantaa
(seit Oktober, 197 Tage)

Frankreich

Zwei baskische Verweigerer, im Mai
zu 13 Monaten verurteilt:

*Jean-Francois Lefort
4665 Maison d'arret
11 rue du Marechal Gallieni
17306 Rochefort Cedex

*Erik Lechardoy
9514 Maison d'arret
112 rue St. Roch BP 8
16015 Angouleme

Griechenland

*Nikos Maziotis
Pavlos Melas
military jail
Thessaloniki

Tel. +30-31-656812 ("ask for Krati-
ria and there for Nikos Maziotis")

seit 10.10.92 erneut inhaftiert, nach-
dem er bereits 4 Monate im Gefängnis
war und zu einem Jahr auf Bewährung
verurteilt wurde. Jetzt wird ihm "Fahnen-
flucht" vorgeworfen, obwohl er nie in der
Armee war, Anarchist.

Polen

*Roman Galuszka
Zaklad Karny
ul. Fabryczna 11
38/200 Jaslo

(Seit 10.07.92 für 18 Monate)

wurde als Kriegsdienstverweigerer
nicht anerkannt, obwohl er Katholik ist.
Lech Walesa dazu am 25.09.92 in der
'Gazeta Wyborcza': "Ich bin meiner
Pflicht nachgekommen, und meine Söhne
werden es auch tun. Ich habe mich noch
nicht entschieden, aber wahrscheinlich
werde ich von meinem Recht der Begna-
digung keinen Gebrauch machen..." Und
bis jetzt tat er es auch nicht. 13 weitere
KDVer sind in Haft.

Spanischer Staat

*Luis Miguel Roncero Heras
Centro Penitenciario La Torrecica
Carretera Ayora, km72
02071 Albacete

(seit Sept.92 28 Monate)

USA

*Helen Woodson 03231-045

c/o C. Dixon

3559 Hwy G

Wisconsin Dells, WI 53965

verbüßt 17 Jahre wegen Pflugschar-
Aktion (Beschädigung eines Atomrake-
tensilos im November '84)

Golfkriegsdeserteure:

*Robert Pete

Drawer A

US Disciplinary Barracks

Fort Leavenworth

KS 66027-7140

6 Jahre wegen "Organisierung eines
Streiks", als Farbiger hatte er auch gegen
den Rassismus in der Armee protestiert

Anzeige



LESER WISSEN MEHR
*über Wehrpflicht,
Zwangsdienste und Militär*

HerausgeberInnen:
* Selbstorganisation der Zivildienstleistenden
* Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer
* "Mit uns gegen die Wehrpflicht" e.V.

Jahresabo (4 Ausgaben) bei
Bestellung bis 31.12.92 nur 12,-DM:
Denk-Stein Verlag * c/o Uwe Erdmann
Alt-Moabit 55c * W-1000 Berlin 21

TILT HÄMPFT NICHT FÜR SIE, ABER MIT IHNEN!

*William Walker

Confinement Facility

MP Company, Building 1490

Fort Sill, OK 73503

(27 Monate)

Quelle: "Das zerbrochene Gewehr"
(WRI), gekürzt

Niederlande

*Pim Lammes (23) verweigerte
bereits die Musterung, war zuerst zu 6
Monaten verurteilt worden. Nachdem das
Verteidigungsministerium intervenierte,
war das Berufungsurteil 12 Monate Haft.
9 davon muß er seit 14.09.92 im Jugend-
gefängnis absitzen:

De Corridor, Postbus 11, NL-5411
AA Zeeland (NB).

Quelle: AMOK 5/92

BRD

Zu weiteren 21 Tagen Bundeswehrar-
rest wurde *Frank Buschmann verurteilt.
Sein Prozeß vor dem Verwaltungsgericht
wurde auf den 20.01.93 vertagt. Frank
hatte Klage erhoben wegen seiner Einber-
rufbarkeit, da er seit 1986 erklärter Bau-
soldat ist. (telegraph 11/92)

Eine Protestaktion bei der Vereidi-
gung am 26.11. blieb von den Medien
diesmal weitgehend unbeachtet. Die
Honoratioren der Stadt zogen es vor, sich
bei den Militärs anzubiedern.

Bis 17.12. also: 9./LAusRegiment 1,
Arrestzelle, Marienburger Str. 100, W-
3380 Goslar, 05321/80081

*Christoph Herrm/Itzhoe arrestiert,
insgesamt 42 Tage. Ein Dienstverbot
wurde nicht erteilt, sodaß er weiter auf

der Flucht leben muß

gh

PS.: In Hamburg wurde ein Totalverweigerer (Gregor) in 2. Instanz zu 6 Monaten Haft verurteilt

Die transnationale KDV-Vernetzung unterstützen!

Das Internationale Treffen der KDVer (ICOM) findet vom 10.-17. Juli 93 in der Türkei, in Göcek am Meer, statt. Es ergeht die dringende Bitte des transnationalen Vorbereitungsteams um finanzielle Unterstützung.

Konto: ARGE für Kriegsdienstverweigerung, Stichwort ICOM 93, Österreichische Postsparkasse, Nr. 7 250 000

* Das ICOM in der Türkei stellt in diesem hochmilitarisierten Land eine antimilitaristische Aktion an sich dar.

Post

Ich bedanke mich für die Zeit in der ich Ihre Zeitschrift erhalten habe, aber ich sehe in der jetzigen Zeit keinen Gebrauch mehr dafür.

Nils K., Buchwald

Es gibt die VL-Dresden nicht mehr. Wir hatten keine Lust so zu enden, wie es uns abschreckende Beispiele vormach(t)en, u.a. die VL-Chemnitz, die, zu starr und dogmatisch, zur politischen Sekte wurde. Das betrifft andere genauso. Eine Bemerkung zur Situation der westlichen "Linken", zur Zersplitterung und Dogmatismus erspare ich mir.

Gleichzeitig hatten wir nicht die

Power und den Zusammenhalt wie die VL-Halle, die aktiv und erfolgreich vor-macht, daß linke Politik, pragmatisch umgesetzt, durchaus noch eine Chance hat. Ich empfehle hierzu eine Besichtigung des Hauses in der Kellnerstraße. Ich hoffe, daß es noch nicht geräumt wurde. Da ich eine ganze Weile nicht im Lande war, bin ich nicht voll auf dem Laufenden. Was bei uns gelaufen ist, ist ziemlich exemplarisch für viele andere VL's auch, so wie ich das mitbekommen habe.

Es gibt also niemanden mehr, der noch den telegraph lesen könnte, die, die

Anzeige

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für
Lust und Freiheit
Nr.4/92 (Nr.44) enthält u.a.:



**Rückkehr in das "Land des
Frühlings" – Guatemalas
Flüchtlingsrückführungsaktion**

von Herby Sachs

"Ich glaube an Utopien..."

Interview mit

Alfonso Bauer Paiz

(Rechtsberater der Flüchtlinge)

von Uli Stelzner



**Interview mit Martha
Wüstemann**

(Mitglied der deutschen
anarchosyndikalistischen Gruppe DAS
im Spanischen Bürgerkrieg)

von Wolfgang Haug



Weitere Themen: Rostock, RAP, Punk,
Libertäre Tage 1993 u.v.a., 72 S., 7.-
Red. SF, PF 1159, 7043 Grafenau-1

er interessiert, haben ihn sich schon von sich aus besorgt. Auch die Adresse ist seit kurzem nicht mehr aktuell. Euer Brief hat mich noch erreicht. Die Anschrift stimmt also. Wahrscheinlich lag's am Inhalt, daß der telegraph vorher nicht kam.

Von Nichtabholen kann also keine Rede sein. Eigentlich hätte er also im Briefkasten sein müssen, so wie alles andere auch, außer dem telegraph kam alles an. Dein Brief ja auch.

Uwe, Dresden

Silvio Meier, den ich nicht gekannt habe, ist ermordet worden. Prompt werden Haussuchungen bei "Linken" veranstaltet - die Fortsetzung der Stasi mit den gleichen Mitteln. "Nehmt die Gerechtigkeit weg, und was sind Staaten dann anderes als Verbrecherbanden im großen Maßstab? Was sind Verbrecherbanden anderes als kleine Quasi-Staaten?" Aurelius Augustinus: Gottesstaat B IV,6

Zum telegraph 11/92 gestatte ich mir zwei Anmerkungen:

Herr Auerbach berichtet von der EKD-Synode. Dort hat ihm besonders der Plauener Superintendent Küttler gefallen. Ich habe persönlich nichts gegen Herrn Küttler. Allerdings kann ich mich noch lebhaft an einen Beitrag von ihm in unserer sächsischen Kirchenzeitung DER SONNTAG erinnern, in dem er auf dem Höhepunkt der Friedensbewegung dieser sein klares lutherisches Nein entgegenhielt: Wer für Gerechtigkeit und Frieden kämpft und von der Kirche eindeutige Positionen verlangt bzw. solche für sich aus seinem Glauben ableitet, verläßt die Grundlage des Glaubens, indem er seine vorgeblichen guten Werke an die Stelle der puren Gnade Gottes stellt. Außerdem predigt die Friedensbewegung hier Frieden und Abrüstung, während sie Umsturz

und Aufstand in anderen Weltregionen rechtfertigt, sie ist also eigentlich gewalttätig und gefährlich. Das war damals sinngemäß Küttlers Linie. Diese Linie wird ihn nicht in Konflikt mit der Staatsmacht gebracht haben. 1989 hat er dann meines Wissens die Solidarisierung mit den Leipziger Liebknecht-Luxemburg-Demonstranten auch abgelehnt, weil man sich als Christ nicht mit den Kommunisten L & L identifizieren kann. Wenn man die Welt aus dem egozentrischen Blickwinkel des ewigen Stasiopfers betrachtet, ist man offenbar glücklich über jedes Schulterklopfen und jeden Schulterschluß und verliert die Fähigkeit zur nüchternen Analyse. Auch wer von der Stasi belästigt worden ist, muß sich angesichts dessen was sich heute in unserem Lande - und nicht nur da - abspielt, fragen, ob sein Widerstand damals mehr war als nützliches Idiotentum, und ob die Stasi nicht genauso recht hatte, wie er selbst. Ich konnte mir jedenfalls als Alternative zur geliebten DDR nichts anderes vorstellen als was gekommen ist. Es hat in der großen Farce einfach keine Heldenrolle gegeben. Das Schlimme an der Kirche aber waren nicht ihre IM's, sondern diejenigen, die aus eigenem konservativen Antrieb heraus und in grundsätzlicher innerer Distanz zu jedem Sozialismus ihre "a-politische" Kirche gepflegt und ihre Klientel ruhiggestellt haben.

Zum Jugendarbeit-Gespräch:

Wann immer ich das Wort "Identität" lese, gerate ich in Alarmstimmung. Auf Menschen ist es allenfalls von der Polizei anwendbar: jemandes Identität festzustellen. Da hat es mit Kontrolle, Einordnung, Herrschaft zu tun. Daß wir aber an sich "eine Identität" hätten oder uns darum sorgen sollten, zu einer zu kommen, ist Unsinn. Für gewöhnlich leben wir in

Beziehungen (bis hin zu unserer Zeit und Welt jetzt); wir kommen aus einer Geschichte, leben in einer Situation, haben Rollen zu spielen, Funktionen wahrzunehmen. Das alles sind wir. Aber wir gehen nicht darin auf und sind darin nicht abgeschlossen. Es gibt an uns kein "echtes" oder "wahres" unveränderliches Wesen, das uns selbst zugänglich wäre, und zu dem wir sagen könnten: Das bin ich. Der "Diskurs der Intimität" (Richard Sennett), der uns Authentizität als Heilsweg andient, ist nicht grundsätzlich anders als Rassismus oder Deutschtümelei. Ich denke, das schwammige Wort "Identität" hat mit folgendem Sachverhalt zu tun: der gegenwärtige monopolkapitalistische und imperialistische Gesellschaftszustand unter dem Diktat des totalen Marktes ist nicht mehr in der Lage, Menschen tragende Beziehungen, kohärente Rollen, ja überhaupt eine längerfristige Perspektive zu geben. Menschen erfahren sich als bloße Ware Arbeitskraft, die - wenn überhaupt - höchstens im abstrakten Sinn, also in Quantitäten diese Arbeitskräfte verausgaben können; sie dürfen dabei keine Ansprüche an den Sinn ihres Tuns stellen und erhalten Geld als Lohn. Wenn sie sich erfolgreich verkaufen wollen, müssen sie etwas für ihr Image tun. Sie müssen sich, um sich als Tauschwert realisieren zu können, als Markenartikel anbieten können. Dabei sind aber eher unspezifische Eigenschaften herauszustellen: jung, flexibel, dynamisch. Entweder identifiziert sich eins nun völlig mit seinem Tauschwert-Image, oder es muß dann jenseits davon noch seine "Identität" suchen, im Extremfall mit allerhand Selbstfindung und Psychotrip.

Wenn kirchliche Jungendarbeiter, die von der Bibel her ein anderes Weltbild

haben müßten, doch mit der Polizei- und Entfremdungs-Vokabel "Identität" hantieren, müssen sie sich wirklich fragen, ob sie damit nicht auf dem falschen Dampfer sind.

Ansonsten -Herzliche Grüße! Hans-Jochen Vogel, Chemnitz

Red: Es muß auch für Leute, die nicht so schrecklich gescheit und belesen sind, wie H.-J. V. möglich sein, etwas über Dinge zu sagen, die sie betreffen. Und V. sollte sich entscheiden, ob er einen theologischen oder einen marxistischen Ketzerprozeß anstrengen will. Unsinn ist natürlich, "Identität" als polizeilichen Begriff zu diffamieren. In dem Sozialarbeiterinterview wird er eindeutig philosophisch benutzt und bezeichnet die Übereinstimmung mit sich selbst. Daß das eine vielleicht naiv anmutende Auffassung voraussetzt, daß der Mensch von Natur aus gut, nämlich solidarisch usw. sei, scheint klar. Immerhin aber ist dies ein Modell, das in der Offenen Arbeit mit einem gewissen Erfolg benutzt wurde und wenigstens den Vorteil hat, Handlungsfähigkeit zu ermöglichen.

Julie Tränkle aus Wunstorf schrieb uns einen interessanten längeren Text zu unserem Sozialarbeiterartikel. Der Text ist schwer einzuordnen und liegt irgendwo zwischen Artikel und Leserbrief. Wir haben uns entschlossen, ihn in der Postabteilung abzudrucken.

Anmerkungen zu Eurem Interview mit Sozialarbeitern zur Arbeit mit (rechtsradikalen) Jugendlichen

1. Wenn ich die Lerntheorie richtig verstanden habe, ist die Tatsache, daß den rechten Jugendlichen (von Journalisten

aus diversen Ländern) Mikrophone vor die Nase gehalten wurden fatal, - insbesondere, wenn ich mir die vorherige Ignoranz gegenüber ihren Problemen vor Augen führe. Sie lernen daraus (schlimmstenfalls), daß sie Flüchtlingswohnheime angreifen müssen, um gehört zu werden.

In Quedlinburg wollten die rechten Jugendlichen nach meinen Informationsquellen den Bürgermeister sprechen - und er kam auch. Auch ich wollte immer schon mal mit dem Bürgermeister sprechen - schließlich regiert er mich! - aber zu mir kommt er nie. Durch die immense Aufmerksamkeit, die diese Jugendlichen in dem Moment wo sie rechte Randalen machen erhalten, werden sie, meiner Meinung nach, eher bestärkt als geschwächt.

2. Ein anderes Ding ist, was die Jugendlichen sagen, wenn sie dann schließlich ein Mikrophon unter der Nase haben. So sagte ein Mädchen (laut taz), was in Los Angeles passiert sei, sei wirklich gemein gewesen. Auf die Nachfrage, was denn so gemein gewesen sei, antwortete sie: "daß sie die 4 Polizisten freigesprochen haben, die den Rodney King zusammengeschlagen haben." Des weiteren erklärte sie, sie ginge gerne in Discos, in denen rechtsradikale Musik gespielt würde. Das Mitgefühl für Rodney King, der immerhin ein schwarzer Amerikaner ist, zeigt, daß sie trotz rechtsradikaler Einflüsse und Musik kein festgefügtes rechtsorientiertes Weltbild hat. Daran könnte sicherlich pädagogisch weitergearbeitet werden.

Im "Spiegel" wurde ein Jugendlicher zitiert, der irgendwo verzweifelt auf dem Rinnstein saß und sagte: "sie können uns doch nicht einfach lassen" und dann von irgend so einem Freund oder Kumpel

wieder mitgenommen wurde "in den Kampf". Ich halte es für ein eher gutes Zeichen, wenn einer an seinen eigenen Menschenrechtsverletzungen verzweifelt. Vielleicht handelt es sich bei manchen Jugendlichen um einen reichlich verdrehten Weg, herauszufinden, wie ernst es ihre neue

(Bundes-)regierung mit den Menschenrechten meint.

Auch die im "Stern" interviewte Vena sagt (zwischen eindeutig rechtsradikalen Aussagen), sie würde davon träumen, Wildhüterin in Afrika zu sein. Meine erste Reaktion: da werden sich die Afrikaner aber tierisch freuen, wenn sie feststellen, daß die Deutsche, mit der sie zusammenarbeiten, Asylbewerberheime angegriffen hat.

Es würde sich aber eventuell lohnen, diese Frau auf den Widerspruch zwischen ihrer eigenen Aussage und ihrem Verhalten hinzuweisen.

3. Wenn ich nicht psychisch krank, sondern, wie geplant, Lehrerin wäre, würde ich mir die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ins Klassenzimmer hängen. Meine Erfahrung während eines Praktikums in der 8. Klasse einer Gesamtschule in Hannover zeigte, daß alleine der an die Tafel geschriebene Satz "Die Würde des Menschen ist unantastbar" und die anschließende Diskussion die Schüler sehr aufmerksam werden ließ. Und gerade solche Schüler, von denen der Lehrer später sagte, sie hätten ein eher gebrochenes Verhältnis zu den geltenden Gesetzen, hatten eine ganze Reihe von Berichten über die Verletzung von Menschenrechten auf Lager ("ey, neulich inner Straßenbahn ham se einen zusammengeschlagen, weil er keine Fahrkarte hatte. Ist das nicht auch gegen die Würde

des Menschens?“).

4. Ich halte es für gefährlich, zu sagen, für die „Altglatzen“ über 20 sei der Zug schon abgefahren. Etwas anderes ist es, zu sagen, ich persönlich kann bei diesen Leuten nichts (mehr) bewirken.

Mich erinnert diese Aussage an entwicklungspsychologische Theorien, nach denen die Menschen nur bis zum 30. Lebensjahr lernfähig sind.

Mal ganz abgesehen davon, daß jeder ältere bzw. alte Mensch, der z.B. Malen, Zeichnen, Fremdsprachen oder sonstwas neu lernt, ein lebendiges Gegenbeispiel ist, könnte ich mir als 32-jährige Frau, die als psychotisch gilt - und Psychose gilt auch heute bei vielen noch als unheilbare Krankheit - auch gleich die Kugel geben, wenn ich solchen Theorien Glauben schenken würde.

Meiner Meinung nach ist es durchaus möglich, daß die Aussagen nichtfaschistischer Pädagogen - sicher mit einiger Verzögerung - auch bei ziemlich strammen Rechten ankommen.

Zumindest ist das meine Hoffnung, und ohne die könnte ich auch nicht leben, denn 7 Jahre des immer-wieder-bedroht-werdens durch Rechtsradikale und andere gewaltbereite Männer sind eine der Ursachen für meinen Wahn.

In dem Zusammenhang möchte ich noch darauf hinweisen, daß in der Psychiatrie meine Aussage, ich würde von Rechtsradikalen bedroht, als „psychotische Idee“ - zu deutsch Wahnvorstellung - gewertet wurde. Das ist ein Indiz für die politische Funktion einer Psychiatrie, die Menschen mundtot machen soll, die von Erfahrungen berichten, die niemand wissen will, weil sie das eigene bürgerliche Leben stören bis bedrohen.

5. Beim Lesen der Aussagen der rechtsorientierten Ost-Jugendlichen stelle ich fest, daß sie offenkundig der Meinung sind, daß sie die Einzigen (Deutschen) sind, denen es in Deutschland schlecht geht. Dazu gilt festzustellen, daß Massenarbeitslosigkeit im Osten ein neues, im Westen aber ein altbekanntes Phänomen ist. Ostfriesland z.B. hat seit über 15 Jahren Arbeitslosigkeit um die 30 % (im Landkreis Friesoythe in Süddoldenburg lag die Arbeitslosenzahl im Jahre 1985 bei 40 %, die heutigen Zahlen sind mir leider nicht bekannt). Das sind Gegenden, um deren Schicksal kein Hahn besonders laut kräht. Ein Industrieberater, mit dem ich während eines Jobs auf der Hannoveraner Cebit-Messe darüber diskutierte, sprach mit derselben Verachtung von diesen „strukturschwachen Gebieten“, wie von der 3. Welt.

In Gegenden wie Ostfriesland ist daher die Arbeitsemigration ein übliches Mittel - und oft das einzig Mögliche - um im Berufsleben Fuß zu fassen.

Meiner Meinung nach wird es das Los vieler Ost-Jugendlicher sein, als Arbeitsemigranten in andere Gegenden oder auch (EG-)Länder zu gehen. Ihren Frust darüber kann ich nachvollziehen, ebenso wie den mancher Türken, die auch nichts gegen eine angenehme Existenz in der Türkei - in der Nähe ihrer Familien - einzuwenden hätten.

Beschissen finde ich aber ihre Handlungsweise.

6. Wichtig finde ich noch, auf das Problem Obdachlosigkeit hinzuweisen, das ebenfalls (im Westen) seit Jahrzehnten besteht, ohne daß die Politiker je einen gesteigerten Handlungsbedarf gesehen hätten. Im Gegenteil, durch ihre Wohnungspolitik haben sie dieses Pro-

blem im letzten Jahrzehnt extrem verschärft. Und Menschen ohne festen Wohnsitz sind nicht wohnberechtigt.

sumartikel leisten zu können, die sie sonst nie finanzieren könnten.

Zum Thema "Ausgrenzung" stellt sich mir die Frage, inwieweit die Jugendlichen innerhalb der DDR-Pädagogik

7. Aus dem Situationsbericht eines

Ostberliner Jugendclubs geht hervor, daß die Jugendlichen Ziele haben wie "schnelle Kohle machen" und "ausgrenzend gegenüber Anderen zu sein".

Das "schnelle Kohle machen" haben sie mit vielen West-Jugendlichen aus sogenannten "sozialen Brennpunkten" gemeinsam, die ebenfalls einige Formen der Kleinkriminalität draufhaben, um sich Kon-

Anzeige:

CONTRASTE

SCHWERPUNKT: ArbeiterInnenselbstverwaltung in Nicaragua Richtige Antwort auf die neoliberale Herausforderung? **Gegen Rassismus**
Losheimer Bürgermeister kündigt Aktion 3. Welt Merzig-Wadern die Räumlichkeiten... Nun sollen Flüchtlinge in das Aktionszentrum einziehen **El Salvador** Über den Kaffeeanbau...
»Utopien leben« Bericht zum ersten internationalen Kongreß sozio-kultureller Zentren **Selbstverwaltete Schreinereien** Berichte über die bundesweiten Treffen rund um's Holz **Fahrrad-Messe**
Über das alle zwei Jahre stattfindende Speichenspektakel in Köln... **Freie Radios** Informationen zu den geplanten und hörbaren freien Sender von Hamburg bis Wien... u.v.m.

Das Alles und noch viel mehr...
in CONTRASTE, für 6 Mark frei Haus!

JA, ich will die neue CONTRASTE

Meine Anschrift: _____

6 DM in Briefmarken/Scheck habe ich beigelegt.

Coupon bitte ausschneiden und einsenden an:

CONTRASTE, Gaisbergstr. 97, Postfach 104520,
6900 Heidelberg 1

11/92

Ausgrenzung erfahren und als Sozialverhalten gelernt haben. Ich habe als Westlerin aber nicht genügend Informationen über das DDR-Schulsystem oder die Jugendarbeit, um das auch nur im entferntesten beurteilen zu können. Aus dem Buch "Kinder, die anders sind" von Gerda Jun geht hervor, daß behinderte Kinder in der DDR ausschließlich segregiert beschult wurden. Wenn das tatsächlich so war, sind die Jugendlichen von vornherein an Ausgrenzung gewöhnt und von daher den entsprechenden rechten Parolen eher aufgeschlossen.

Auch über Ausgrenzung aus politischen Gründen in DDR-Schulen ist mir nicht allzuviel bekannt - nur 2 oder 3 Geschichten aus "Die wunderbaren Jahre" von Reiner Kunze, die allerdings

ziemlich deutlich sind.

Vielleicht könnt Ihr über die Aufarbeitung der DDR-Pädagogik Erkenntnisse gewinnen, die Euch in der Arbeit mit den Jugendlichen helfen.

Dazu ist zu sagen, daß Ausgrenzung natürlich auch kein reines Ost-Phänomen ist: auch in Westschulen gibt es klare Außenseiter, eine Zunahme an Gewalt und nicht zuletzt eine ganze Menge Rechtsradikale.

Ich als psychisch Kranke, die schon seit der Kindheit anders war als die anderen, habe einige eindeutige Erfahrung mit "westlicher" Ausgrenzung gemacht.

8. Ich hatte die Idee, Partnerschaften zwischen Ost- und Westjugendzentren zu schließen, auch, um den Jugendlichen

Umwelt-Bibliothek Berlin

**Achtung ! Wir haben endlich eine eigene direkte
Telefonnummer !**

Sie lautet: (030) 60 97 771

Bitte nicht mehr die alte Nummer benutzen !

Cafe Di-Fr

21- 1 Uhr

Bibliothek &

Mathias Domaschk-Archiv

Di & Do 17-21Uhr

einen Austausch über ihre jeweiligen Probleme zu ermöglichen. Ein solcher Kontakt hätte auch den Vorteil, daß die Jugendlichen im Falle der Arbeitsemigration eventuell schon eine Anlaufstelle an ihrem neuen Wohnort hätten.

Schwierig ist dabei natürlich, daß sie im Moment einer solchen Partnerschaft mit der allergrößten Wahrscheinlichkeit mit ausländischen Jugendlichen zusammentreffen würden, und damit stehen sie mitten im Konflikt. Wahrscheinlich ist es möglich, in dem Moment, wo eine solche Partnerschaft vorgeschlagen wird, von vornherein klarzustellen, daß der Kontakt mit ausländischen Jugendlichen logisch zur Partnerschaft dazugehört. Auf dieser Basis könnten die Jugendlichen dann diskutieren und ihre (basisdemokratische) Entscheidung fällen. Und wer weiß, vielleicht kommen sie, auch wenn sie zunächst nein sagen, später doch wieder auf die Idee zurück. Die gleiche Diskussion müßte dann natürlich in dem betreffenden West-Jugendzentrum geführt werden. Die Sozialarbeiter könnten den Jugendlichen eine Zusammenfassung der Diskussion in dem jeweils anderen Jugendzentrum geben und so vorab für eine indirekte Diskussion sorgen.

Gerade Jugendliche, die bei Erwachsenen (wie ihr ja feststellt) sehr genau die Widersprüche zwischen besagtem und Tun registrieren, brauchen meiner Meinung nach diese Möglichkeit zur basisdemokratischen Entscheidung - als Gegenpol zum Obrigkeitsstaat, den sie erfahren haben und inzwischen wieder erfahren (denn die Zahl der Westimporte unter den regierenden Politikern im Osten ist ja erschreckend hoch).

9. Dann möchte ich euch noch mal ganz entschieden widersprechen, wenn

gesagt wird, eine anarchistische Zukunftsvorstellung sei automatisch eine negative. Natürlich stellt die hiesige Staatsführung klar, daß sie es auf keinen Fall zulassen wird, daß der Anarchismus zu einer bedeutenden politischen Kraft wird. Gegenüber den Rechtsradikalen sind sie wesentlich weniger eindeutig. Die Aussage Generalbundesanwalts von Stahl "die Rechtsradikalen gefährden nicht den Staat" war eine, die mir sehr zu denken gab. Über die Tatsache, daß sie ganze Menschengruppen gefährden, verlor der Generalbundesanwalt kein einziges Wort, ungeachtet der Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte schon in den 50er Jahren ratifizierte, also als verpflichtend anerkannt hat. Er als einer der ranghöchsten deutschen Juristen dürfte sich dieser Tatsache nun wirklich bewußt sein. Für verwirklichungsfähig halte ich aber die anarchistische Idee der kleinen, dezentralen Einheit, in der Entscheidungen von der gesamten Gemeinschaft gefällt werden. Die Alternative zum Diskutieren-bis-zum-Umfallen hieße, das entsprechende Thema immer wieder zur Diskussion zu bringen, bis die Entscheidung gefällt werden kann.

Zur Umsetzbarkeit einer solchen Idee in einem städtischen Jugendzentrum kann ich allerdings nichts sagen, weil ich aufgrund meiner psychischen Krise im pädagogischen Bereich nicht arbeitsfähig bin.

10. Zwar behaupten diese Skins, daß "Mut zum Risiko" für sie ein menschlicher Wert sei, aber ich denke, wenn ich die Beziehung zu einem Afrikaner, die ich in Hannover hatte, in Rostock-Lichtenhagen unterhalten hätte, hätten sie mich ganz sicher in ihre Menschenjagd

einbezogen. Auch als Lesbe (seit einiger Zeit) hab ich von denen nichts Gutes zu erwarten, schon gerade dann nicht, wenn ich offen und ehrlich dazu stehe (auch einer ihrer Werte). Also besteht auch bei denen eine Spaltung zwischen Handeln und Tun.

11. Und wo ich nun endlich bei den Frauenthemen gelandet bin: zwar sprechen die 4 Sozialarbeiter von gemischtgeschlechtlichen Gruppen, erwähnen aber im gesamten Interview nur ein einziges Mal überhaupt die Situation von Frauen/Mädchen. Und da zitieren sie die Aussage irgendwelcher "Jenenser Glatzen", die autoritär fordern, daß Frauen an den Herd gehören. Keine einzige Selbstaussage von weiblichen Ost-Jugendlichen, die vielleicht einen Einblick vermitteln könnte, warum sie selbst rechts oder aber mit rechten Männern zusammen sind. Auch bleibt mir völlig unklar, ob es in den östlichen Jugendzentren überhaupt eine eigenständige Mädchenarbeit gibt.

Auch hier klafft eine tiefe Kluft zwischen Eurem eher linksorientierten Anspruch und der Praxis der Ausgrenzung einer großen Bevölkerungsgruppe (in diesem Land 54 % Frauen, nur zur Erinnerung).

Die soziale Degradierung vieler Ost-Frauen, die meiner Meinung nach Auswirkungen sowohl auf männliche als auch auf weibliche Jugendliche haben dürfte, ist auch im "telegraph" kein Thema. Und wenn die Mutter, die früher Kranfahrerin oder Maschinenschlosserin war, sich heute ihre Brötchen als Kantinenhilfe, Putzfrau oder in welchen ungelernen Beruf auch immer verdient, hat das natürliche Auswirkungen auf das Weltbild ihrer Töchter und Söhne. Und viele Söhne wittern anscheinend Morgen-

luft: schließlich ist die normale einkommenlose Hausfrau eine ziemlich rechtlose Person, die aufgrund ihrer Abhängigkeit gut ausnutzbar ist. Tariflohn, Arbeitszeitverkürzung, Lohnanpassung -vergeiß es.

12. Zum Abschluß teile ich mit, daß eine internationale Gruppe von Frauenorganisationen vorhat, im Jahre 1993 bei der UNO die Menschenrechte von Frauen einzuklagen. Sie fordern, daß bei der Erörterung von jedem UNO-relevanten Thema die besondere Situation von Frauen untersucht werden muß, so daß bei einer Untersuchung über Bauern in Lateinamerika auch die Situation der Bäuerinnen thematisiert wird etc. .

Ich fordere Euch auf, daß auch der "telegraph" die Situationen von Frauen weitestgehend miteinbezieht.

Julie Fränkle

Termine

4.12. bis Ende Januar "ERFASST - GESCHUNDEN - und doch lebendig" Objektkollagen von Matthias Klemm, Sonderausstellung im Museum in der "Runden Ecke" (7010 Leipzig, Ditt- richring 24) zu den Öffnungszeiten der Ausstellung "STASI - Macht und Banalität": Mittwoch - Sonntag 14 - 18 Uhr

10.-20.12. Tacheles, Oranienburger Str. 54-56, O-1040 Berlin, Wahre Werk- schau

12.12.20 Uhr, Wolkenbügel, C.-Blen- kle-Str. 1, O-1055 Berlin, Ines Eck "Zer- störung einer Utopie" - Reportage über das 'Tacheles'

17.12.19 Uhr, Robin Wood, Jagowstr. 12, W-1Berlin 21, Treffen der Regen- waldgruppe

20.12.14 Uhr, ab S-Bhf. Griebnitzsee, Potsdam: Stalin, Stars und Stasi - die Villenkolonie Neubabelsberg (Stattdessen Berlin)

21.12.15 Uhr, Kulturladen, Kollwitzstr. 93, O-1058 Berlin, Erörterung steuerrechtlicher Probleme für Kulturprojekte, Vereine

23.12. 21.Uhr, Ausstellungseröffnung, Bert Polten, galerie front-art, berlin, kollwitzstr. 64

25.12.22 Uhr, Reithalle Bern, Sürprüs Konzert-Party (Rohe Freinacht!)

26.12.18.30, Staubhusen (Neuchlen-

Anschwilen), Schweiz, Mahnfeuer gegen Truppenübungsplatz, Kontakt: ARNA, PF 1031, CH-9001 St. Gallen

13.01.9318-20 Uhr, FU Berlin, Hörsaal 1b, Rostlaube, Habelschwerdter Allee 45, W-1 Berlin 33, Helmuth Frauendorfer: Ost-West Reisen für Kopf und Körper. Vom Einbruch der Bilder auf einen Schriftsteller

Ostern 93 Libertäre Tage in Frankfurt, Kontakt: c/o Dezentral, Sandweg 131a, W-6000 Frankfurt/M. 1 (Rückporto nicht vergessen)

Anzeige:

ANARCHISMUS & GEWALTLOSIGKEIT

Sondernummer

Der Mensch hat kein Recht,
seinen Mitmenschen zu töten,
und er ist nicht entschuldigt,
wenn er es in Uniform tut.

Damit fügt er lediglich dem Verbrechen des Mordes
die Schande der Knechtschaft hinzu.

Percy Bysshe Shelley
1792-1822

- Kritik der Gewalt
- Möglichkeit & Notwendigkeit der gewaltlosen Revolution
- Widerstand gegen das Militär
- Befreiung von Geschlechterrollen
- Anarchismus & Feminismus
- Soziale Sprengkraft der Ökologiebewegung
- Transnationalismus & Kritik des Nationalstaates
- Organisationsformen ohne Hierarchie
- Kritik des Rassismus
- Antiautoritärer Sozialismus & revolutionäre Gewaltlosigkeit
- Persönliche & gesellschaftliche Veränderung

-20 Jahre Graswurzelrevolution-
-Rabatt für Wiederverkäufer- DIN A4 -DM 8,00-

**graswurzel
revolution**

■ Kirchstr. 14
3135 Wustrow



Sekten in den Neuen Bundesländern

Habt Ihr Informationen, Dokumente, Hinweise zu Aktivitäten solcher Gruppen im Osten ?

Zum Aufbau eines Arbeitsarchives suchen wir alle verfügbaren Materialien zu diesem Themekreis.

Bitte senden an:

Redaktion telegraph, Schliemannstr. 22, Berlin O-1058.

Stichwort Sekten

telegraph - Abonnement

Ich bestelle den telegraph im Abonnement
ab : _____ für

1Jahr (45.- DM)

1/2 Jahr (23.- DM)

Das Abonnement verlängert sich automatisch, sofern es nicht
spätestens 6 Wochen vor Ablauf des alten Abos gekündigt wird.
Der Auftrag kann innerhalb von 10 Tagen widerrufen werden.

auf Probe (2 Hefte für 6.-DM)

Das Probeabo verlängert sich nicht automatisch !

Probeabo nur gegen Vorkasse (bar oder Briefmarken) !

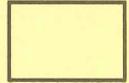
Datum/Unterschrift

An

Redaktion telegraph

Schliemannstr. 22

Berlin O-1058



Ich bestelle _____ Exemplare der
Sondernummer Mai/ 92 zum Preis von 4 DM pro
Exemplar. Nur gegen Vorkasse, bar oder Scheck !

telegraph - das Geschenk

Ich verschenke den telegraph als Abo für
1 Jahr (45.-DM) an:

Name: _____

Str/Nr: _____

Ort/PLZ: _____

Das Geschenkabo verlängert sich nicht automatisch !
Der Auftrag kann innerhalb von 10 Tagen widerrufen werden.

Datum/Unterschrift

Name: _____

Str./Nr.: _____

Ort/PLZ: _____

Zahlungsweise: Rechnung Scheck
 per Abbuchung Bar

Konto-Nr. Bankleitzahl

Name der Bank/Ort

Datum /Unterschrift

Hinweise zur Abokarte:

Im grau markierten Feld bitte ankreuzen, ob Ihr den "telegraph" verschenken wollt oder selbst abonniert und das zugehörige Feld ausfüllen. Dann rechts das Feld zur Zahlweise ausfüllen. Nur wenn ein Einzug des Geldes vom Konto (Abbuchung) gewünscht ist, bitte die Angaben zu Kontonummer, Bankleitzahl etc. machen und vor dem Abschicken nochmal überprüfen sowie mit der zweiten Unterschrift bestätigen.

Fristen:

Das Abo (nicht Geschenk- oder Probeabo) verlängert sich automatisch, wenn nicht spätestens 6 Wochen vor Ablauf des alten Abos die Kündigung erfolgte. Den Aboauftrag könnt Ihr bis zehn Tage nach Abschicken (Poststempel) widerrufen.

Probeabo:

Wer den "telegraph" noch nicht kennt, kann sich über das Probeabo informieren (nur gegen Vorkasse Bar oder Scheck!).

Geschenkabo:

Wenn Euch jemand lieb ist, schenkt ihr/ihm doch einfach ein "telegraph"-Abo !

Förderabo:

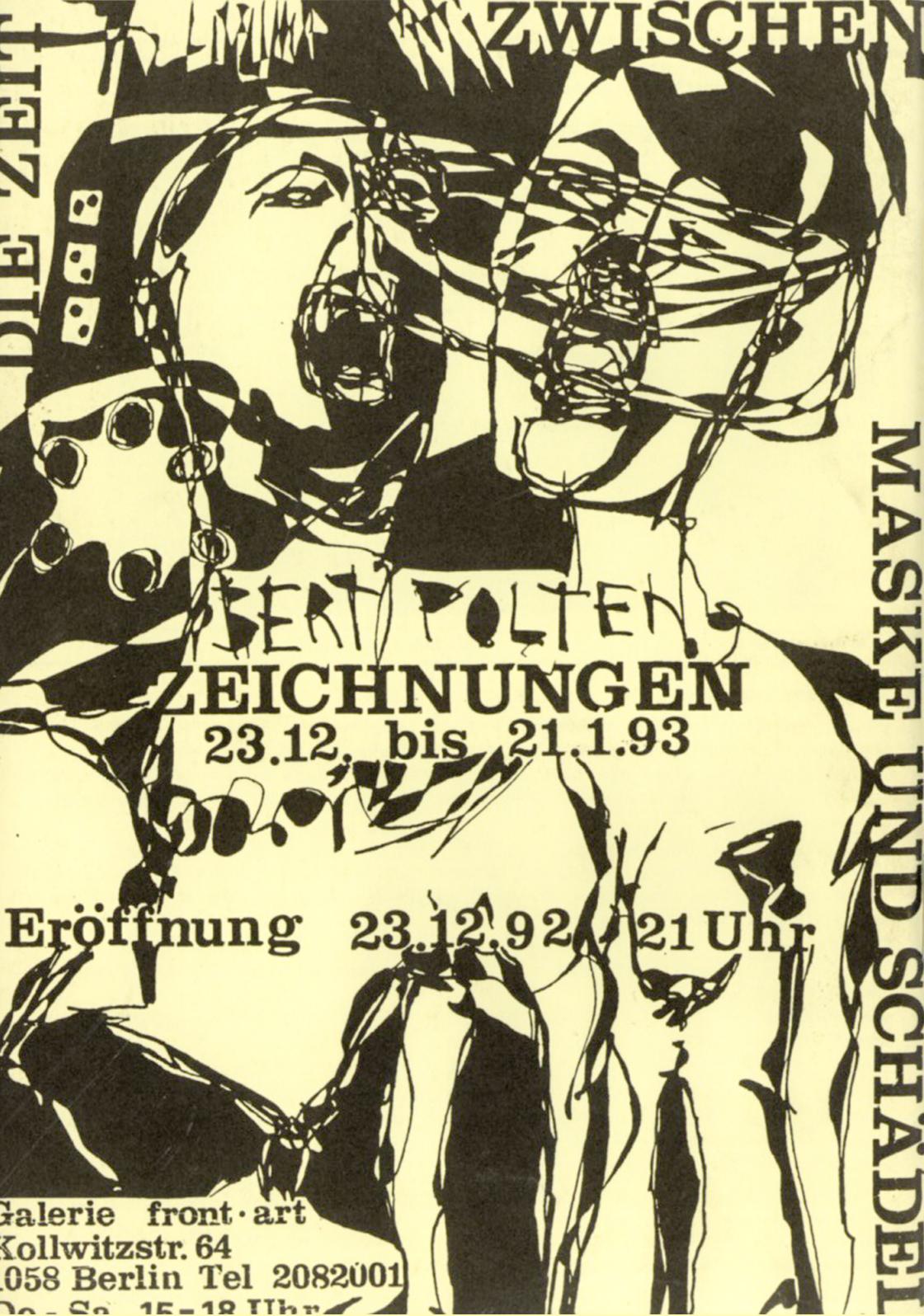
Menschen die meinen, daß sie soviel Geld verdienen, daß sie eine Zeitschrift wie den "telegraph" unterstützen wollen, können das mit einem Förderabo für mindestens 70,-DM im Jahr tun. Die Fristen sind die gleichen wie beim normalen Abo. Wirtschaftlich geht es dem "telegraph" nicht besonders gut.

Auslandsabo:

Wegen des erheblich höheren Portos kostet ein Auslandsabo im Jahr 60,-DM.

Sondernummer:

Auf dieser Karte findet sich auch ein Feld zum Bestellen der Sondernummer Mai/92 (Mitte rechts auf der Karte). Nur gegen Vorkasse Bar oder Scheck !



ZWISCHEN

THEY ETD
DIE ZEIT

MASKE UND SCHADDEI

BERT POLTEN
ZEICHNUNGEN

23.12. bis 21.1.93

Eröffnung 23.12.92 21 Uhr

Galerie front·art
Kollwitzstr. 64
1058 Berlin Tel 2082001
Do - Sa 15 - 18 Uhr